

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Gebührenentsprecher pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post begogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. egl. Versiegeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gepaßte Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schweißgut Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Berge kreisen.

* Leipzig, 21. Mai.

Man schreibt uns aus Baden:

Die Leipziger haben wohl noch nicht recht gewußt, welch bedeutende Persönlichkeit ihr Reichstagabgeordneter Dr. Hesse ist; sie werden aber den richtigen Begriff von ihm bekommen, wenn sie sehen, wie sein Geist auch bei uns über den Wassern schwelt. Soeben hat man die Gründung einer "Nationalsschule" beschlossen, die im nördlichsten Zipfel unseres Landchens, da wo Main und Tauber zusammenfließen, in dem Städtchen Wertheim errichtet werden soll. Diesem Produkt Hesseschen Geistes wird in den beteiligten Kreisen eine enorme Bedeutung beigelegt und die Gründer behaupten, man sei selten an ein Unternehmen "mit solcher Begeisterung" herangetreten, wie an dieses. In Wertheim, wo die städtische Verwaltung ein geeignetes Grundstück zur Verfügung gestellt hat, soll nun die erste vorbildliche Nationalsschule eröffnen; man hofft, daß ähnliche Anstalten mit großer Schnelligkeit sich über ganz Deutschland verbreiten werden. In dem Gründungsausschuß sind die vier "nationalen" Vereine, der Schulverein, der Sprachverein, der Kolonialverein und der alldeutsche Verband vertreten. Ein Major a. D. hat die "alldeutschen" Anschaunungen, auf denen diese Nationalsschule beruhen soll, in einer Denkschrift zusammengefaßt. Die Schule soll "Unterricht und Erziehung auf eine neue Art verbinden und dadurch eine Ausbildung erzielen, wie sie der Deutsche im Jahrhundert der Weltpolitik braucht".

erner sollen Männer, die in das Ausland gehen, "mit einer unverlierbaren Deutschgesinnung erfüllt werden", damit sie draußen "dem Vaterland erhalten bleiben und nicht in fremden Völkern ausgehen".

Diese kampfhohe Anstrengung, den Deutschen Interesse für die Weltpolitik einzupausen, kann nur komisch erscheinen. Es ist aber auch ein Zeichen der Zeit, daß man zu solchen läunischen Mitteln greifen muß. Und speziell die Alldeutschen, welche gegen Polen und Nordschleswiger wüteten, weil diese nicht im Deutschtum "aufgehen" wollen, erscheinen hier in spöttischer Beleuchtung.

Die Aussichten der deutschen Kolonien werden bekanntlich immer lässiger; sie erfordern immer mehr Zuflüsse, während es für weit wichtigere Dinge daheim sehr an Mitteln fehlt. Daher kommt die Abneigung der Mehrheit des deutschen Volkes gegen Kolonialpolitik und Kolonialschwärmerie überhaupt, abgesehen von dem "Assessorismus" und von den bekannten Vorfällen in den Kolonien, die das Ansehen des deutschen Namens im Auslande nicht gefördert

haben. Und da sollen nun einige Schulmeister das Wunder fertig bringen und schnell den Deutschen Begeisterung für das Kolonialwesen einslößen!

Mit der Weltpolitik ist es ebenso. Es giebt in der Geschäftswelt Leute, die davon träumen, man könne ihre Engländern ihre Vorherrschaft zur See und damit ihren Welthandel ohne weiteres abjagen. Das wird so schnell nicht gehen. Und was hat die Weltpolitik an "positiven" Ergebnissen gebracht? Zunächst die famose "Sommerstrophe" von Kiautschou, die alljährlich große Summen verschlingt. Das soll, nach des Reichskanzlers elegantem Ausdruck, ein "Play an der Sonne" sein! Dann kam der chinesische Feldzug. Diesen hätten die Deutschen noch leichter entbehren können als Kiautschou. Was hat er gebracht? Eine Anleihe, deren Zinsen die guten Deutschen zahlen müssen. Sonst — nichts. Das Geschäft dabei haben die Russen gemacht.

Dagegen brachte die Weltpolitik ein großes negatives Ergebnis. Indem sie mit einer bis jetzt kaum dagewesenen Schnelligkeit die Ausgaben des Reiches steigerte, führte sie zu einem Deficit. Das Reich und die Bundesstaaten verspürten starke finanzielle Belastungen. Die Minister sprechen von neuen Steuern. Das alles ist doch unserem Volke nicht unbekannt und daher kommt ein gutes Teil der tiefgehenden Misströmung, die bei jeder Gelegenheit zu verspüren ist und die durch den am politischen Horizont drohenden Brotnochtarif auf die Spitze getrieben worden ist. Und da glaubt man im Ernst, eingelernte oder besser eingetrückte "alldeutsche" Phrasen würden darüber hinweghassen!

Es ist doch eine Thatsache, daß ein großer Teil der Deutschen das Vaterland verläßt, eben weil ihm die Zustände daselbst nicht gefallen. Die mangelnde politische Freiheit, die Bevormundung durch die Polizei, die Erhöhung des Gewerbs durch tausend Ursachen, der Militarismus, die drückende Steuerlast — alles das sind mächtige Hebel, um die Auswanderung wieder steigen zu lassen, wie es tatsächlich der Fall ist. Aber kann man denn von den Auswanderern verlangen, daß sie gerade besondere Anhänglichkeit an die Zustände empfinden, wegen deren sie sich veranlaßt gefehlt haben, der Heimat den Rücken zu kehren? Mit der "Deutschgesinnung" hat dies an sich nichts zu thun; die Herren Hesse und Genossen verwechseln natürlich absichtlich "Deutschgesinnung" mit "alldeutscher" oder raud heraus gefägt "nationalliberaler" Gesinnung. Und das ist schließlich des Budels Kern. Der politisch völlig zerfahrene Nationalliberalismus macht verzweifelte Versuche, wieder Boden zu fassen, und er läßt "nationale" Berge freier, die natürlich die bekannte kleine Maus gebären werden.

Begeisterung an sich ist eine schöne Sache. Aber wenn die "Alldeutschen" nun mit so starker Betonung ihre Begeisterung verlunden, so glauben wir um so weniger an deren Echtheit, je voller der Mund genommen wird. Man hätte ja abwarten können, ob andere diese Begeisterung anerkannt hätten.

Das Ganze zeigt uns wieder, daß unsere „oberen Behn-tausend“ nicht mehr wissen, was sie machen sollen, wenn sie der großen Sphinx des sozialen Zeitproblems gegenüberstehen. Bleibt es denn in unserem eigenen Lande gar nichts, an dem sich der Thatenandrang der "Alldeutschen" in einer Weise geltend machen könnte, die dem allgemeinen Interesse förderlich wäre? Einiges dergleichen ausfindig zu machen, scheinen diese Leute gänzlich außer Stande zu sein. Schulen- und Sprachenfragen im Auslande, die Burenknot und anderes geht ihnen an Wichtigkeit weit über die Missstände im eigenen Lande. Von Zeit zu Zeit erürtt beklannlich ein verzweifelter Hilfeschrei aus den Lehrerkreisen ob der Not unter den Kindern der Armen, die zu Tausenden und Abertausenden mit leerem Magen zur Schule gehen und in diesem Zustande etwas lernen sollen. Wenn vorgeschlagen wird, Staat oder Gemeinde sollen helfen, dann erhebt sich alsbald ein Geschrei: das sei der Anfang vom "sozialistischen Staat". Aber Schulen für Weltpolitik — das ist noch eine großartige Aufgabe für "national gesinnte Männer", an der sie ihre Kräfte versuchen können.

Uns könnte das eigentlich so recht sein; je tiefer die herrschenden Klassen den Kopf in den Sand stecken, desto schneller geht die Abwirtschaftung der alten Formationen vor sich. Aber gerade weil bei uns die Empfindungen für die Leiden und die Lasten unseres Volkes und Landes selbst am stärksten sind, so müssen wir charakterisieren, wie jene mit der Stange im Nebel umherfahren.

Im übrigen können die Gründer der Nationalsschule für Weltpolitik nach einer Seite hin üble Erfahrungen machen. Die kapitalstarken Jungen und Bourgeois werden auf das Blühen und Gedeihen der "Nationalsschulen" gerne grosssprecherische Toaste ausbringen; sie werden auch mit Vergnügen manches Glas Sekt auf das Wohl dieser Institution leeren; aber im übrigen werden sie in diesem Falle den Daumen auf den Beutel halten, wie sie es immer thun.

Politische Übersicht.

Der Gast des Barons.

Herr Lombet hat es erreicht. Ihm ist das höchste Los gefallen, das einem Bürger der französischen Freiheits- und Gleichheitsrepublik zu teil werden kann: er ist Präsident dieser Republik und der Gast des Barons in Peterhof geworden. Der Empfang durch den Baron gibt dem französischen Staatsoberhaupt in den Augen seiner steppischen Mitbürger eine höhere

Scuilletton.

Nachdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

10.

Frau Thella schritt hastig den Hügel hinan, mit dem Schirm gegen Wind und Regen ankämpfend. Sie ließ sich nicht Zeit, Mantel und Gummischuhe im Korridor auszuziehen, sondern schritt direkt in das Zimmer des Doktors hinein.

"Ich habe etwas mit Dir zu besprechen, Großvater Baavig," klang es erregt.

"Ist dem kleinen Baard etwas passiert?"

Sie schüttelte den Kopf und setzte sich in die Sofaecke. "Ich habe die ganze Nacht wach gelegen, die Sache von allen Seiten beleuchtet . . . und nun möchte ich gerne wissen, was die Familienträuschen fordern, — kurz — ich will genau wissen, wie weit meine Pflicht geht — als Frau — über meine Pflichten als Mensch bin ich mir schon längst klar . . . Das Dilemma liegt hier, — wie weit ist meine Person durch die Ehe gebunden?"

"Über liebe Thella, Du redest ja, als ob es ernste Differenzen zwischen Dir und Kiel gäbe."

Thella lächelte bitter und lehnte den Kopf an den Sofarienen.

"Ah nein, — um ganz aufrichtig zu sein — es ist nichts anderes, als daß wir uns überhaupt miteinander verheiratet haben."

"Vor allen Dingen bitte ich Dich, zu bedenken, Thella, ob es richtig ist, Deines Mannes Eltern in Euer

Verhältnis hineinzurücken. Dass Kiel Dich bis zur Schwäche liebt, das weiß ich, und dass Du ihm jedenfalls eine wahre Freundin und eine aufrichtige, pflichttreue Hausfrau bist, davon bin ich überzeugt. Ich respektiere Deinen Charakter, Thella."

Thella atmete von Zeit zu Zeit tief auf.

"Ich bitte den Vater meines Mannes, den einzigen Menschen auf der ganzen Welt, dem ich mich anvertrauen darf, um Aufklärung. Immer und immer wieder frage ich mich, wie weit die Pflichten einer Frau gehen . . . Bin ich gezwungen, zu wohnen, zu essen, zu trinken, mich zu kleiden — überhaupt teilzunehmen an eines Mannes Spekulationen, die nach meiner Ansicht unzweifelhaft mit dem Gelde anderer Leute ausgeführt werden."

"Gott bewahre, Thella, was sagst Du da?" —

"Für mich unzweifelhaft." —

"Da irest Du Dich, Thella," bemerkte der Doktor kalt. "Sag, worauf Du einen solchen Verdacht gründest. Hast Du irgend einen Beweis?"

"Um Dir das Ganze anzuvertrauen, bin ich ja gekommen . . . Gestern lebte ich unerwartet aus der "Versammlung für Verbreitung gemeinnütziger Schriften" heim und hörte von meinem Schloßzimmer aus Kieles lautes, eifriges Reden, als ob er jemanden drinnen im Zimmer zu beruhigen suchte. Man sprach geradezu von Bankrott und Verzweiflung, wegen des leichten Waldankaufes. Da fand ich denn, daß ich das Recht habe, zu zuhören . . . Denn so hatte Kiel mir die Sache wahrlich nicht dargestellt. — Der Fremde dort drinnen war einer der Mitbesitzer der Waldcompagnie; er schien sehr niedergeschlagen und mutlos zu sein. Die so laut geprahlten

ganz unerwarteter Weise ausgeschauten erwiesen, eine große Anzahl brauchbarer Hölzer sind geschlagen, kurz vordem die Besitzer ihre Misere Kiel und seinen Compagnonen aufgedrängt haben . . . Und Kiel tischt allerlei Argumente auf, wie z. B., daß eine schlechte Spekulation durch eine gute gedeckt werden müsse, — daß die Compagnie Wald in großen Massen ankaufen werde, bis sich später eine Gelegenheit finde, einen großen Coup zu machen. Das erste, was die Compagnie zu thun habe, sei, zu zeigen, daß sie im stande sei, Holz zu schaffen . . . denn zum Konkursmachen sei es immer noch Zeit genug; meinte er.

"Und jetzt möcht ich wissen, wie weit die Pflichten einer Frau gehen." —

Des Doktors Antlitz hatte eine aschgraue Farbe angenommen.

"Es scheint, als sei Kiel die nicht ganz leichte Aufgabe zugefallen, einen von einer Panik ergriffenen Compagnon zu beruhigen," — sprach er kalt, gefaßt, — "und daß er geraten, eine unglückliche Spekulation durch eine glückliche wieder gut zu machen . . . Ich finde ganz unbedingt, Thella, daß es die Pflicht einer Frau ist, über die Affaire ihres Mannes zu schweigen, und alles nicht noch schwerer zu machen, wenn es ohnhin schon schlimm genug ist."

Thella nickte langsam, bitter . . . "Ich verspreche; ich bin einmal in den goldenen Berg hineingegangen . . . Jetzt muß ich alle Konsequenzen mit in den Raum nehmen."

"Verzeihe, Thella," unterbrach sie der Doktor plötzlich — "wenn ich Dich bitte, jetzt zu gehen, ich — ich —"

Gästig griff er nach einem Stuhl, wie um sich zu stützen.

Weibe; erst wenn ihm der Gesalbte der Pöpen als einem vollblütigen Sonderlin die Hand geschüttelt, ist seine profane bürgerliche Absurdi vergessen, und die Belerner der Menschenrechte fangen an, in ihrem Präsidenten eine Art von höherem Wesen zu sehen und ihn als Surrogat zur Befriedigung ihres mystisch-monarchischen Bedürfnisses zu verwenden.

Herr Loubet ist der fünfjährige Beweis dafür, daß in dem heiligen Frankreich, wie es in dem Frankreich der Revolution, jeder Soldat der Republik den Marschallstab in seinem Tornister trägt. Zu seiner Persönlichkeit ist nichts, aber auch gar nichts, daß ihn über die Masse seiner Kleinbürger emporragen ließe; er ist die verlorperte Kleinbürgerliche Mittelmäßigkeit, die korrekte Durchschnittlichkeit in Person, und es muß der großen Masse der französischen Kleinbürger und Bauern schmeicheln, diesen simpelten Vertreter ihrer Masse und ihrer Klasse, der Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein ist und auch nicht durch die geringste hervorragende Eigenschaft das Principe der mittelmäßigen Gleichheitsidee verleiht, als Gast des Herrschers aller Menschen zu sehen, der die Paraden der von den russischen Großfürsten geführten Regimenter im Cylinderhut abnimmt. Wenn Herr Loubet zurückkehrt, wird sein Prestige, das bereits durch den Besuch des Baren in Frankreich bestätigt war, unerschöpflich über allen republikanischen Schwankungen dascheln; wie auch bereits Herr Felix Faure die heiligende Wunderkraft des Empfangs durch den Baren in seiner Stellung erproben konnte.

Aber freilich will diese höhere Weise auch errungen sein. Für Herrn Loubet sind die Tage von Peterhof eine Straze. Noch Wochen und Monate nachher erzählte die russische Hofgesellschaft von den elementaren Verstößen, die der Plebejer Felix Faure gegen das exklusive Hosceremoniell begangen hatte, und auch sein Nachfolger wird dort empfangen wie ein Prüßling, der sich in den Mysterien der höheren Aristokratie erst noch zurechtfinden lernen muß. Oder genauer, wie ein Hofs Jude, der in die hocharistokratischen Kreise eingeführt wird, weil man ihn braucht, und seine Eitelkeit durch den Holuspotus des böhmischen Ceremoniells tadeln will. Kein Mensch nimmt ihn in dieser Umgebung für voll, und selbst die Lokalen sehen mit Leidig auf den "Winkeladolaten" herunter, der als Vertreter einer großen Nation bei ihrem Herrn und Gebieter zu Gast ist.

Auch die russische Aristokratie und der russische Hof bringt bei dem Empfang des Plebejers Loubet ein Opfer, und in ihren Augen ist das Opfer, das sie bringt, das größere. Aber umsonst thut sie es nicht. Der französisch-russische Zweibund, der hier wieder einmal gefeiert wird, ist eine Allianz, bei der alle wirtschaftlichen Vorteile bei Russland liegen und Frankreich nur die imaginären Vorteile des "Prestiges" bleiben. Das gilt ebensoviel von der inneren wie von der äußeren Politik. Russland, einst der Sitz der europäischen Reaktion, wird heute durch die europäische Reaktion ausgehalten, ausgehalten von demselben Frankreich, das einst der Krater der europäischen Revolution gewesen ist. Die europäische Konturrevolution hat seit den Tagen der helligen Allianz ihren Schwerpunkt von Petersburg nach Paris verschoben; die ehemals revolutionäre französische Bourgeoisie ist zartstisch geworden, und der russische Absolutismus kann nur weiterbestehen als Pensionär der französischen Bourgeoisie.

Ju nichts tritt der totale Umschwung in allen gesellschaftlichen Verhältnissen und in der gesamten Gruppierung des Klassenkampfes so hundertprozentig zu Tage, als in der Existenz des russisch-französischen Zweibundes. Dieser ist nicht sowohl eine Institution zur Erhaltung des europäischen Friedens, oder zumindest, noch seiner Ausdehnung auf Ostasien, des Weltfriedens, er ist nicht nur die notwendige geschichtliche Folgeerziehung des deutsch-französischen Krieges und der durch diesen geschaffenen Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse, er bekommt seine tiefe und wesentliche Bedeutung erst durch die gesellschaftliche Funktion, die er in dem großen Klassenkampfe hat, die Vereinigung der feudalen Barbarei mit der modernen Bourgeoisie in der Allianz zweier Großmächte zu bilden und zu repräsentieren. Auch das Verhältnis, in dem die alte Aristokratie und die neue Bourgeoisie innerhalb dieser Allianz stehen, kommt hier angemessen zum Ausdruck: die herrschende Bourgeoisie begibt sich in ein Abhängigkeitsverhältnis zum regierenden Feudalismus; von diesem bezahlt sie ihre mystischen Rechts- und Autoritätsstift und bezahlt im Übrigen die Kosten für die abgehauene Gesellschaft.

Herr Loubet kommt auscheinend zu wenig gelegener Zeit. Seitens hatte der Barismus so wenig Zeit und Stimmung zum Fest feiern, wie gerade jetzt. An allen Ecken und Enden des ungeheuren Reichs kracht und knistert es; Hungersnot und Bauernrevolten, Arbeiterstreiks und Studentenruhen erschüttern die russische Gesellschaft in allen Fugen. Das macht: der französische Goldregen, der die russische Ecke gedüngt hat, ist aufgegangen; der Industrialismus, den Herr Witte mit fremdem Kapital eingeführt hat, um das arme Land finanziell stützen zu machen, trägt seine notwendigen sozialen Früchte; die Bourgeoisie, deren Vertreter jetzt als Gast am Hofe des Baren weilt, erfüllt auch in dem verbündeten Russland ihre revolutionäre Mission: sie schafft selbst die Bedingungen, unter denen sich ein russisches Proletariat entwickelt, das unter den Einwirkungen der Allianz zum entscheidenden gesellschaftlichen Machtfaktor heranreift.

"Ich muß sagen," sie erhob sich und atmete tief — "ich gehe nicht klüger, als ich es bei meiner Ankunft war — stehe noch immer vor demselben Dilemma . . . Ja, dann bitte ich, die anderen zu grüßen und ihnen zu sagen, daß Deines Sohnes Frau heute nicht in der Stimmung war, in die Stube hineinzugehen."

Als sie gegangen war, schritt der Doktor hastig im Zimmer auf und ab; kalter Schweiß bedeckte seine Stirn. Plötzlich stürzte er ans Fenster, riss es auf — und seine innere Erregung machte sich in einem heftigen Erbrechen Luft.

Dies war eine Schwäche, die ihn stets nach einer heftigen Gemütsbewegung überfiel und ihm dann etwas Lust und Bindeurung verschaffte.

Es ward nach Kiel geschickt.

. . . Kiel stieg gerade in den Wagen, um sich zu einer Versammlung zu begeben, die plötzlich von der Waldcompagnie einberufen war. Er konnte erst gegen 4 Uhr auf Elsätz sein.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Ein verächtlicher Junggeselle. "Halten Sie es auch für eine ungünstige Vorbedeutung, Herr Doktor, wenn man sich an einem Freitag versetzt?" — "Gewiß, mein Fräulein! Weßhalb soll denn der Freitag eine Ausnahme machen?" (Gl. Bl.)

Herr Loubet, der Kleinbürger, der Vertrauensmann der kontinentalen französischen Bourgeoisie, kommt tatsächlich als Totengräber des russischen Absolutismus. Die russischen Großfürsten und Prinzen haben einen ganz gefunden Instinkt, wenn sie den Plebejer misstrauisch betrachten. Er bringt viel revolutionären Wind mit sich, und die Klänge der Marceillo, die ihm zu Ehren gespielt wird, werden bald genug in allen Winkeln des gewaltigen Barenreiches wiederhallen.

Bur Affaire Humbert-Crawford.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die weitsichtige Erbschafts-Gaunerrei bildet eine stehende Rubrik der Zeitungen, die mehr Spalten ausfüllt als die Katastrophe auf Martinique und vom großen Publizum mit unglaublicher Spannung verfolgt wird als die durch die Neuwahlen geschaffene politische Situation oder gar erst Loubets Reise nach Petersburg.

Es hat sich auch bereits ein Parlamentarier gefunden, um die allerneueste "Affaire" in der Kommerz zur Sprache zu bringen. Abg. Mirman wird die Regierung über zwei Punkte interpellierte: 1. Warum wurde die Gaunerfamilie nicht rechtzeitig verhaftet? Das hätte geschehen können auf Grund des Art. 10 des Untersuchungs-Code, eines Artikels, der z. B. dem Polizeipräfekten von Reims dazu gedient hat, während des Barenbesuches in jener Stadt ehrliche Arbeiter mit nichts die nichts administrativ verhaftet zu lassen. Der Interpellant hatte seiner Zeit die Abschaffung dieses Artikels, einer Quelle willkürlicher Verhaftungen, beantragt, wobei er aber gerade auf den erfolgreichen Widerstand des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau gestoßen war. 2. Wie kam es, daß die gaunerische "Leibrente-Ausfahrt" der Humbert selbst unter Verleitung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen funktionieren könnte, ohne durch die Behörden im mindesten gesichtet zu werden? Die Unfähigkeit der Behörden, heißt es in der Interpellationsbegründung weiter, sei um so fessamer, als die Gauner schon 1897 als solche gerade von Waldeck-Rousseau gekennzeichnet worden wäre.

Der Interpellant, ein Radikaler, der hier und da mit den Nationalisten stark liebkost, verwohrt sich übrigens dagegen, antiministerielle Zwecke zu verfolgen. Er wolle mir die nötigen gesetzgeberischen Konsequenzen aus der Affaire ziehen.

Auf denselben Punkt, speziell auf die erforderliche Reform des Gerichtswesens, dringt in einem bemerkenswerten Brief an den Matin der Gerichtsvorsteher von Château-Thierry, Magnaud, der "gute Richter" Frankreichs, der sich durch seine humanen Urteile und deren antisozialistische Motivierung in den sozialistischen und demokratischen Kreisen einen schönen Ruf erworben hat.

Er schreibt: "... Wenn ein Richterstand so weit gekommen ist, um sich 15 Jahre lang durch juristische Spitzfindigkeiten oppen zu lassen, ohne daran zu denken, sich vor allem von der Existenz jeder der streitenden Parteien zu vergeissen, ebenso wenig wie von der Realität der Alten und den Geldsummen, die die Grundlage eines so bedeutenden Interessenstreits bilden; wenn dieser Richterstand mit verschlossenen Augen sich auf eine Reihe Helfershelfer verläßt, die zumindest mit einem fessamer und — besonders angelebt ihres Stuses — absolut unrechtmäßbarem Rechtssinn, dank geschickten Prozeßmanövern und der Autorität ihres Wortes, gerichtliche Berichterstattung entscheiden, die das Gericht zum moralischen Mischuldigen der umfassendsten und leidlichsten Gaunerien machen, — so darf man füglich sagen, daß der Richterstand seine eigene Abdankung unterzeichnet hat. — Die Institution, wie sie besteht, und die Gesetzbücher, auf die sie sich stützt, um bewußtlos diese Art Rechtsprechung zu Gunsten von Hochstahlern aller Sorten zu leisten, sind dem Verfall geweiht . . ." Sodann verweist Magnaud auf die unbeachtet gebliebenen Warnungen, die seit Jahren von "gewissenhafter und einsichtiger" Seite an den Richterstand ergangen waren, was dessen Schuld noch verstärkt . . . "Die öffentliche Meinung wird insbesondere darüber staunen, daß derselbe Richterstand mit gleichsam mechanischer Behendigkeit und Schnelligkeit, ohne jede Verzögerung und mitunter in einer einzigen Minute, einen armen Tausend, der mittellos auf der Landstraße aufgefunden oder beim Betteln um ein Stück Brot erwischt wurde, mit mehreren Monaten Gefängnis bedroht, während große Hochstahler, die im Stande sind, dank ihrer Gaunerien den Bestand der im Norden und Provinzen Erfahrener zu erlaufen, beim Gericht eine fünfzehnjährige Berichterstattung haben erzielen können, um sich dann dessen Donner zu entziehen — einem unmehr papieren Donner, wenigstens was sie betrifft. — Aus alledem geht zur Evidenz hervor, daß die Reform und die Vereinfachung des verrotteten Räderwerkes unserer sozialen Organisation, welches der Richterstand ist, sowie die Reform der Gesetzbücher, die dessen Arsenal bilden, in jeder Beziehung dringend sind . . ."

Magnaud schließt mit einem Appell an das Parlament. Werden aber die Gelehrten aus der neuesten "Affaire" wirklich reformatorische Konsequenzen ziehen als aus den früheren "Affaires"? Wie viel Reformvorschläge werden diesmal im Archiv der "bestellten" Kommission begraben bleiben, nachdem sie mit großer Mehrheit oder auch einstimmig für "dringlich" erklärt worden sind? Wer denkt hier noch z. B. an den "dringlichen" Gesetzentwurf von 1895, betreffend die Unvereinbarkeit von Parlamentsmandaten mit fest bezahlten Posten in den Verwaltungen von Finanzgesellschaften? Und doch war jener Entwurf eingebrochen worden im Anschluß an die Verhaftung des Arton von der Panama-Affäre, die die Duffertlichkeit ganz anders aufgerüttelt hat als die Affaire Humbert. Die "Verrottung" beschrankt sich eben nicht auf das richterliche Räderwerk der Bourgeoisie.

Deutsches Reich.

Abgeordneter und Kammerherr.

Die Leistungen der Theatercensur in Preußen sind noch immer außerordentlich respektabel gewesen, und auch der Herr Obercensor Dumrath hat in neuerer Zeit die glänzenden Traditionen dieser Institution hochgehalten. Für das königliche Schauspielhaus in Berlin genügt jedoch das übliche Militärmaß von Gutgesinntheit noch nicht; hier muß diese Sorte von präventiver Kunstrechts noch ein ganz besonderes Gardemars zur Anwendung bringen. Eine ergötzliche Probe davon wird aus letzter Woche berichtet. Da wurde im königlichen Schauspielhaus in Berlin von Schauspielern des Dresdner Hoftheaters die Komödie Pastors Niels zum ersten Mal aufgeführt. In diesem Stück hat nach der Buchausgabe im dritten Akt eine Schauspielerin zu sagen: "Also Onkel Peter in Kopenhagen ist Kammerherr geworden." Ausgerechnet Onkel Peter. Der Onkelmeiste in der ganzen Familie. Wie der Freisinnigen Zeitung mitgeteilt wird, wurde in der Auf-

führung am Mittwoch das Wort "Kammerherr" ersezt durch "Abgeordneter".

Dass die Dummen und Dümmeren zu Königlichen Kammerherren avancieren, kann natürlich nur im Staate Dänemark vorkommen, wo schon zu Zeiten Hamlets etwas faul war. In Preußen ist so etwas ganz ausgeschlossen; da ist jeder Kammerherr schon als solcher ein Genie. Dumme Kerls oder einfach "Kerls" können es in Preußen höchstens zum — Abgeordneten bringen. Wenigstens ist das Publizum des Königlichen Schauspielhauses davon überzeugt, und die Censur hat darum ganz recht, wenn sie dem Stück die dänische Volkssprache retouchiert und dafür etwas preußisch Blau aufträgt. Machte doch auch die türkische Censur von diesem Rechte Gebrauch, wenn sie, wie vor ein paar Jahren berichtet wurde, in Lessings Nathan der Weise die Rolle des Tempelritters zu einem Theaterböewicht umbildete und Nathan als Wucherer erscheinen ließ.

Und was der türkischen Kunstkritik recht ist, muß der preußischen Censur billig sein. Oder soll etwa Preußen hinter der Türkei zurückbleiben?

* Berlin, 21. Mai. Die Nationalzeitung erfährt: Eine Polenvorlage ist gestern dem Landtag zugegangen und wird spätestens am Donnerstag im Druck vorliegen.

Der preußische Kultusminister hat angeordnet, daß auf allen preußischen Universitäten Anfangskurse im Griechischen für Realabiturienten errichtet werden. Ferner richtete der Kultusminister einen Erelas an den Ausschuß der Akademien, wonach dieser die Akademien über den Gehalt der Hypothese hören und nach Jahresfrist sich über diese Frage äußern soll.

Die Berliner Politischen Nachrichten beziffern den den preußischen Staatsbahnen durch die Ungunst des Wetters in der vorigen Woche und Pfingsten erwarteten Einnahmeausfall auf gut zwei Millionen Mark.

Amliches Fürsorge für Volksbibliotheken. Auf Anordnung des preußischen Kultusministers sind jedem Oberpräsidenten eine Anzahl Romane von Wilhelm Raabe: Chronik der Spiegelgasse, Ein Fröhling, Halb Mähd, halb mehr, Der Hungerpastor, Pfisters Mühl, Gesammelte Erzählungen Band 2, überreichten worden, die an Volksbibliotheken zu verteilen sind. Der Minister bemerkt dazu:

Wegen des ausgesprochen evangelischen Charakters der Schriften Raabes empfiehlt es sich, sie nur an Volksbibliotheken mit einem ausschließlich evangelischen Leserkreise zu teilen.

Deutlicher läßt sich aus der sogenannten Neutralität der Volksbibliotheken der Tendenzen nicht herauslösen. Führt doch hier die Bevormundung der Leser so weit, daß der Staat vorzüglich die Rezerse des katholischen Lesern verschließt. Was würde aber die Antwort sein, wenn ein "ausschließlich sozialdemokratischer Leserkreis" Christen sozialdemokratischen Charakters verlangte?

Gerade beim Volksbibliothekenwesen kommt der Segen nicht von oben. Den Arbeitern wird die Notwendigkeit eigener selbsternannter und zusammengestellter Büchereien immer fühlbarer werden.

Bibel und Ösenkreise. Vor dem Schöffengericht in Rastenburg wurde am 16. Mai über eine Gewaltthat verhandelt, die bei der Reichstagseratzwahl (Rastenburg-Gerdauen-Friesland) gegen sozialdemokratische Flugblattverteiler verübt worden war. Der Bauer Lehmkle aus Wohlack, ein 51-jähriger, sehr großer hünenhafter gebauter Mann, hat am 16. Februar zwei unserer Genossen freundlich in seine Stube gerufen. Soviel die Thüre geschlossen war, hat er sie angebrüllt, ob sie nicht wußten, daß Sonntagsruhe ist, und hat dann sofort auf den Schriftsteller Fink mit einer schweren eisernen Ösenkrücke eingeschlagen. Fink hielt die Arme schwungvoll vor den Kopf. An beiden Armen erlitt er stark blutende Verlebungen, trotzdem die Schläge durch den dicken Überzieher gemildert wurden. Der Angestellte erzählte, er habe mit seiner Frau zusammen gefessen, die aus der Bibel vorlas, als unsere Genossen sein Gehöft betrat. Er sei enttäuscht gewesen, daß am Sonntag sozialdemokratische Schriften verteilt wurden. Er habe mit der Ösenkreise nur gedroht und dabei habe sich Fink wohl "etwas gerissen". Demgegenüber bekundeten unsere beiden Genossen, daß Lehmkle, nachdem er sie ins Haus gelockt, daß sie gar nicht betreten wollten, sie in der brutalsten Weise angegriffen habe. Der Vertreter der Anklage führte in einer Darlegung, die so ziemlich auf eine Verteidigung des Angeklagten hinauslief (!), aus, die beiden Flugblattverteiler hätten versucht, den Lehmkle durch Überreichen eines Blattes für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Es sei begreiflich, daß der Angeklagte erregt wurde und von seinem Hausrat leicht Gebräuch mache. Dabei sei er allerdings etwas zu weit gegangen. Dass er die Absicht hatte zu verlegen, sei wohl nicht festgestellt. Fink sei infolge eines unglücklichen Zusfalls verletzt worden. Eine Geldstrafe von 50 Mk. sei eine ausreichende Sühne. Im weiteren Verhörd gestand Lehmkle zu, daß er gesagt habe: "Bitte, kommen Sie herein."

Nach langer Beratung verklärte der Vorsitzende folgendes Urteil: Durch die Beweisaufnahme sei festgestellt, daß der Angeklagte die beiden Verteiler sozialdemokratische Flugblätter ruhig aufgefordert habe, ins Haus zu kommen. Dort habe er ohne jede Veranlassung und ganz unverhüllt losgebrüllt und mit der Ösenkreise geschlagen, wodurch dem F. an beiden Armen Wunden beigebracht seien. Dem Angeklagten seien mildernde Umstände zugebilligt, weil er sich über die Störung der Sonntagsruhe geärgert habe, und anscheinend beim Leben in der Bibel gestört sei. Zu seinem Verhalten habe aber eine gewisse Hinterlist gelegen, deshalb sei auf eine Geldstrafe von 100 Mk. oder 20 Tagen Gefängnis erkannt worden.

Schutz unserer Frauen und Töchtern! Ein bürgerliches Blatt, die Kieler Neuesten Nachrichten, berichtet über folgende Schutzmannshäfen: Ein Kieler Polizist beobachtete eines Sonnabends abends, daß sich ein junges Mädchen vor einer Haustür mit zwei Obermaaten der Marine unterhielt. Als das junge Mädchen sich ins Haus begeben hatte, glaubte der Schutzmann zu hören, wie der eine Obermaat zum andern sagte: "Willst Du mit hinauf, oder soll ich mit hinauf?" Dies genügte dem Beamten, dem Mädchen nachzuallen, es wegen Verdachts der Unzucht verhaftet zu erklären und nach dem Polizeigefängnis zu bringen. Das aufs äußerste erschrockene junge Mädchen, das aus guter auswärtiger Familie stammt und zur Ausbildung in der Buchführung in Kiel weilt, mußte trotz Protestes die Nacht im Gefängnis verbleiben. Am nächsten Vormittag wurde die Verhaftete mit dem Gefangenentransportwagen zum Polizeikommissariat geführt und ganz oberflächlich vernommen. Da ein Arzt zur Untersuchung der Unzucht Verdächtigen nicht zur Stelle war, wurde sie wieder nach dem Polizeigefängnis transportiert, wo sie

bis zum Montag vormittag verbleiben mußte. Dann holte der Transportwagen sie wieder nach dem Polizei-commissariat, von wo sie durch einen Schuhmann der Sittenpolizei nach der Straße zum Aufhelfe geführt wurde, wo der Polizeiarzt zur Untersuchung der Prostituierten weilte. Das junge Mädchen wurde untersucht und der Arzt stellte fest, daß es noch völlig unbescholtene und unverhüttet war. Jetzt erst wurde das ungünstliche Geschöpf, das während der ganzen Zeit der Verhaftung weinend in der Zelle gestanden hatte, ohne Speise und Trank anzutreffen, entlassen. Wer schreitet gegen den betreffenden Schuhmann wegen Freiheitsberaubung ein? Wie hat es möglich sein können, daß die so widerrechtlich ihrer Freiheiteraubte volle zwei Nächte und einen Tag in der Haft hat zu bringen müssen. Und schließlich und vor allem: muß man aber zur Aufklärung über die Berechtigung der polizeilichen Sichtung sofort zum äußersten einer Untersuchung schreiten, die einerseits das Menschengefühl aufschießt und andererseits nicht einmal beweiskräftig ist?

Ein weiterer aus Aiel gemeldeter Fall von Freiheitsberaubung ist der nachfolgende: Die Frau eines gegenwärtig auswärts beschäftigten Wieler Einwohners hatte an einer Geburtstagsfeier teilgenommen. Die Gesellschaft, die in heiterster Stimmung war, begab sich nachts ins Café, von wo die Frau später allein aufbrach, um nach Hause zu gehen. Da sie verschiedene Sachen in der Wohnung der befreundeten Familie zurückgelassen hatte, die sie nun holen wollte, bat sie einen Schuhmann, sie zu geleiten. Da sie aus Unkenntnis mit der Gegend in ein falsches und wohl etwas anrüchiges Haus einbog, erklärte der Schuhmann sie fürgewandt wegen Verdachts der Unzucht für verhaftet. Trotz des Protestes der aufs äußerste erschrockenen Frau wurde sie ohne Weiteres nach dem Polizeigefängnis gebracht, wo sie die Nacht verbleiben mußte. Am anderen Vormittag ging es mit dem Gefangenentransportwagen nach dem Kriminalkommissariat, wo sich bald herausstellte, daß ein Mißgriff begangen war. Auf Veranlassung der Inhaftierten wurde der Herr geholt, in dessen Familie sie den Abend zugebracht, und da dieser sie als durchaus anständige Frau legitimierte, wurde sie entlassen.

Wegen versuchter Expressions sind 6 Berliner Töpfergefallen von der Schwere des Gesetzes getroffen, 2 erhielten je 4 Wochen, 4 je 8 Wochen Gefängnis. Und warum?

Sie hatten sich geweigt, mit einem gewissen O. zusammen zu arbeiten, da dieser gegen die Organisation einen Prozeß angestrengt habe. Sogar mehrere Töpfermeister haben erklärt, daß O. sehr viel denuziere und prozessiere, und daß in einer Versammlung der Arbeitgeber vor der Einstellung des O. gewarnt worden sei.

Die Unternehmer därfen sich weigern, jemandem Arbeit zu geben; die Arbeiter bestraft man wegen Expressions und zwar erkennt das Gericht, die Angestellten hätten durch Drohung zu einer Handlung genötigt, um der Organisationklasse einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Wie niedrig wird die Agitationsarbeit und Organisationsarbeit eingeschätzt!

Gegenüber solchem Muster deutscher Rechtsprechung scheint es angebracht, einmal auf ein Beispiel amerikanischen Rechtsgefühls hinzuweisen. Eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofs im Unionstaat Newport, des Albany Appellations, sagte jüngst in Bezug auf den sogenannten Gewerkschaftsterrorismus beim Streik:

Wenn eine Anzahl von Leuten sich organisiert hat, um ihre Interessen zu wahren, haben sie das Recht, die Arbeit einzustellen, sobald sie fühlen, daß es die Interessen ihrer Organisation schädigen würde, weiter zu arbeiten. Ihre Gründe mögen für andere unzulänglich scheinen, aber wenn es ihnen, als Mitglieder ihrer Organisation, thunlich und in ihrem Interesse zu sein scheint, die Arbeit neherzulegen, ist es gerecht, dies zu thun. Wenn das Verhalten der Mitglieder einer Organisation an und für sich gesetzlich ist, wird es nicht ungerecht, weil die Organisation es anordnet. Wenn immer die Gerichte entscheiden können, daß die Weigerung der Mitglieder einer Organisation, mit Nichtmitgliedern zu arbeiten, im Interesse der Organisation sein mag, werden sie, auch wenn das Gegenteil der Fall wäre, nicht annehmen, daß der Zweck der Arbeitsverweigerung nur die Besiedelung von Boschet und die Auslösung von Schaden gegenüber den Nichtmitgliedern war. Man kann nicht einsehen, wie es möglich sein soll, der verklagten Organisation und ihren Mitgliedern das Recht abzusprechen, sich des Arbeitens mit Nichtmitgliedern zu weigern, da im Falle eines Unfalls, welcher ihnen infolge der Nachlässigkeit solcher Mitarbeiter hätte zugesetzt werden können, sie die Folgen davon zu tragen gehabt hätten. Solange Arbeiter das Risiko allen Schadens auf sich zu nehmen haben, der ihnen durch Mitarbeiter verursacht werden kann, haben sie das moralische und gesetzliche Recht, zu erklären, daß sie mit gewissen Leuten nicht zusammenarbeiten wollen und der Arbeitgeber muß sich ihrem Gebot fügen, oder ohne sie fertig zu werden verabschieden.

Hausbesitzerklage. Der Breslauer Oberbürgermeister, Dr. Bender, hatte als Chef der Polizei auf Grund einer amtlichen Wohnungsumuntersuchung angeordnet, in einer Anzahl von Häusern Breslaus entweder einzelne oder sämliche Wohnungen bis zu gewissen Terminen zu räumen und diese Wohnungen für die Bevoelkerung erst dann wieder frei zu geben, wenn gewisse bauliche Veränderungen vorgenommen seien würden. Im Anschluß daran möchte sich eine Unterkommission der neu gebildeten städtischen Gesundheitskommission an die Aufgabe, weitere Untersuchungen der Wohnungen in Breslau anzustellen und dem Oberbürgermeister Dr. Bender die Schließung besonders schlechter menschlicher Behandlungen vorzuschlagen.

Gegen diesen entsetzlichen Eingriff in die Mieterausbeutung wurde in einer Versammlung des Neuen Haus- und Grundbesitzervereins in Breslau folgende Resolution geschlungen:

Der Neue Haus- und Grundbesitzerverein zu Breslau hat mit diesen Bedauern davon Kenntnis genommen, daß von Seiten der Staatsbehörden auf Anregung einer Ministerialkommission gegen eine Anzahl Breslauer Hausbesitzer Maßnahmen beabsichtigt werden, welche mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht vereinbar sind. Überall auf dem Lande, im Osten der preußischen Monarchie, auch in der nächsten Nähe Breslaus sind die Wohnungsverhältnisse weit ungünstiger als in den am weitesten rückständigen Dörfern Breslaus. Es ist deshalb unbillig, daß man in Breslau, statt die allmähliche Entwicklung abzuwarten, welche ohne Schädigung der Interessen des einzelnen vor sich geht, zu Maßnahmen greift, welche die wirtschaftliche Existenz einer Reihe von Staatsbürgern vernichten muß, während man anderswo weit hämmere Verhältnisse unbeeindruckt läßt. Der Neue Haus- und Grundbesitzerverein zu Breslau verkennt nicht, daß das deutsche Volk bei dem schweren Kampf ums Dasein, welchen es zu führen hat, nicht immer nur auf die Gesundheit Rücksicht nehmen darf, daß deshalb nicht alles wünschenswerte auch alsbald erreicht werden kann, aber er erwartet von der Einsicht der Staatsbehörden, daß daraus auch gegenüber den Breslauer Hausbesitzern Rücksicht ge-

nommen wird. Er erwartet ferner, daß sowohl diejenigen Breslauer Bürgers, welche unsere Stadt im Reichstage und Landtag vertreten, als auch die Behörden unserer Stadt mit aller Energie gegen die ungerechte Behandlung Breslauer Hausbesitzer Einspruch erheben und sich nicht mit platonischem Mitteilend begnügen. Er ersucht endlich den Vorstand des Vereins, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die gefährdeten Hausbesitzer zu unterstützen, damit sie mindestens für ihre Verluste voll entschädigt werden.

Wirklich ein wunderbares Schriftstück! Weil im ländlichen Osten die Verhältnisse noch schlimmer sind — Schweinställe von Radlins etc. — fühlen sich die Breslauer Hausbesitzer in ihrer Position ungangbar. Und für das deutsche Volk müßte die Rücksicht auf die Wohlfahrt der Breslauer altherwegen vor der Rücksicht auf die Wohlfahrt den Vorrang haben. „Mindestens“ aber soll voll Entschädigung gezahlt werden, d. h. also, wenn es nur einigermaßen geht, auch mehr.

Aber die Hausbesitzer sind schlau, sie beugen für ähnliche Fälle in Zukunft vor. Der Neue Haus- und Grundbesitzerverein ist der Meinung, daß die für Breslau eingehaltene Gesundheitskommission nicht so zusammengesetzt ist, wie es der Volligkeit entsprechen würde, glaubt vielmehr verlangen zu können, daß auch aus den Reihen der Hausbesitzer solche zu ziegen werden, welche deren Interessen zu vertreten beabsinten sind.

Dabei sind die Mitglieder der Kommission, soweit sie Stadtvorordnete sind, fast alle auch Hausbesitzer, entsprechend dem inneren Privilegium der Hausbesitzer im Kommunalwahlrecht. Aber besser ist besser.

Militärjustiz. Aus Aiel wird uns unter dem 16. Mai geschrieben: Vor dem Oberkriegsgericht der Ostseestation als Berufungsinstanz hatten sich gestern drei Seesoldaten wegen militärischen Aufruhrs zu verantworten. Ein Maschinistenmaat hatte in ziemlich entlegener Gegend der Stadt einen der Soldaten, der ihn angeblich vorschreitwidrig begrüßt hatte, angehalten und ihm die Mütze vom Kopf gerissen. Darauf hin war es zu Thätlichkeit gekommen, der Matratze will mehrere Schläge erhalten haben. Es handelte sich nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme um eine Antreppeli, wie sie hier unter den Marinern, besonders Civilisten gegenüber, an der Tagesordnung sind. Das Geschwaderkriegsgericht hatte die Leute wegen härtlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu drei Jahren bzw. je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Dem Gerichtsherrn war die Strafe zu gering, er legte Berufung ein und beantragte, daß die Angeklagten nach den §§ 106 und 107 des Militär-Strafgesetzbuchs (Zusammenrottung in Verbindung mit Gewaltthäufigkeiten gegen Vorgesetzte) zu bestrafen seien. Das Oberkriegsgericht trat dieser Auffassung bei und verurteilte zwei der Seesoldaten, denen Thätlichkeit nicht nachgewiesen werden konnten, wegen Aufruhrs nach § 106 zu je fünf Jahren Gefängnis, den dritten, der nachweislich geschlagen hatte, zu fünf Jahren Zuchthaus. Mit diesem Urteil vergleiche man den kürzlich hier vorgekommenen Fall des Geizers Möwes, der am hellen Tage in belebtesten Gegenden der Stadt einen Schlosserlehrling ohne jeden Grund mit dem Messer zusammengestoßen und den bestimmtlos am Boden liegenden so lange mit Fußtritten traktiert hatte, bis er den Geist aufgab. Die bestialische That wurde vom Geschwaderkriegsgericht mit vier Jahren Gefängnis bestraft. Die gesamte Bürgerschaft, sogar die bürgerliche Presse, war empört über dieses Urteil. Aber diese Empörung hatte damals den Gerichtsherrn ebensowenig veranlaßt, Berufung einzulegen, wie das Auseinander, daß das Verbrechen des Möwes in ganz Deutschland erregt hatte, den Gerichtshof in seiner milden Auffassung der Bestialität beeinflußt hatte.

Sonntagsarbeit. Der Bürgermeister von Calbe schidet als Chef der Polizei einer armen Frau einen Strafbeschluß aus § 361 Abs. 7 des Strafgesetzbuchs. Dieser Paragraph lautet: „Wer, wenn er aus öffentlichen Armenmitteln eine Unterstützung bekommt, sich aus Arbeitsstunden weigert, die ihm von der Behörde angewiesen, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten, wird mit Haft bestraft.“ Die Frau ist wegen Wohnungsmangels mit ihrem kleinen Mann und 5 oder 6 Kindern im Armenhaus. Selbstverständlich beantragte die Frau richterliche Entscheidung; sie bestreitet, arbeitschärfen zu sein. Sie könnte kein Kind mit den 50 Pfsg. pro Woche durchbringen, die sie neben dem üblichen Wochengeld von 8 Pf. erhielt. Sie verdiente durch Handeln den Lebensunterhalt für ihre Familie, habe daher keine Zeit, die Strafe zu segen, und sei in ihren „Mußestunden“ genötigt, zu läufen und zu wachen. Dem trat nun der Herr Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Amtsbeamter scharf entgegen und sagte wörterlich: Die Frau sollte sich dann doch am Sonntag hinstellen und ihre Arbeit machen. Darauf entgegnete sogar der Amtsrichter: Aber wenn die Frau sich die ganze Woche absackt, können wir nicht verlangen, daß sie noch am Sonntag arbeitet. Wir können die Frau nicht bestrafen. Mit 50 Pfsg. kann die Frau kein Kind durchbringen. Der Termin wurde einstweilen vertagt. Interessant ist, daß der Herr Bürgermeister kurz vorher auf der Kreissynode Calbe-Wendorf in einem Vortrage über die Sonntagsruhe meinte, es würde mit Dank begrüßt werden, wenn die Arbeitgeber ihren Leuten auch in der Woche Gelegenheit geben würden, ihr eigenes Feld zu bearbeiten, um sich so den Sonntag frei zu halten.

m. Flensburg, 17. Mai. Wegen gemeinschaftlicher Misshandlung, Bekleidung und Bedrohung eines Untergebenen verurteilte das hiesige Marine-Kriegsgericht die Obermaaten J. W. Tannhauser und Gust. Altmann, ersteren zu 5 Wochen, letzteren zu 15 Tagen Mittelarrest. Beide haben in der Nacht vom 7. zum 8. August d. J. den Matrosen Kühl gemeinschaftlich gemäßigt, befehligt und mit einem Verbrennen (Grauen) bedroht. Der Vertreter der Anklage hatte bedeutend empfindlichere Bestrafung für beide beantragt.

Kleine politische Nachrichten. Die organisierten Katholiken in Worno veranstalteten ähnlich der Umänderung der Namen zweier Straßen, die bisher Heiligen gewidmet waren, in den Namen Galileo Galilei und Giordano Bruno eine stürmische Entstümmelungsfundgebung. Die Liberalen antworteten mit Gegendemonstrationen und es kam schließlich zu Schlägereien, wobei verschiedene Demonstranten verletzt wurden. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet. — In der Nähe von Atlanta im State Georgia kam es zwischen Negern und der Polizei zu einem Zusammenstoß, wobei 5 Polizisten und 5 Neger getötet wurden. Die Staatsmilitär und Artillerie sind entsandt worden, um die Häuser, in denen die Neger sich aufzuhalten, anzugreifen. — Der Präsident der Republik Kubá, Palma, unterzeichnete gestern das erste Dokument in seiner Eigenschaft als Präsident. Nachdem ihm der bisherige amerikanische Gouverneur Wood aus diesem Anlaß seine Glückwünsche ausgesprochen hatte, holte letzterer unter Salut die amerikanische Fahne

nieder und hielt mit eigener Hand die kubanische Flagge zum Zeichen, daß die Vereinigten Staaten Kubá freigemacht hätten.

Franreich.

Das Ende des Kampfes. Der Petit Sou, das Tagesorgan der Bonapartisten und Quesdisten, hat mit dem 16. Mai sein Erscheinen eingestellt. Schon seit längerer Zeit befand sich das Blatt in einer bedeutsamen finanziellen Lage. Mit knapper Not gelang es, sein Verschwinden bis nach den Wahlen hinauszuschieben. Das Blatt wurde bekanntlich gegründet mit Hilfe des reichen Alfred Edwards. Aber das gespendete Kapital — an die 700 000 Franken, wie es heißt — hat nicht genügt, um die Zeitung durch Gewinnung eines weiten Leserkreises auf eigne Füße zu stellen. Was das Eingehen ihres täglichen Kampforgans für die Revolutionär-Socialistische Einigkeit bedeutet, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Möge es unseren Freunden bald gelingen, Erfah für den Verlust zu schaffen.

Russland.

Ein Streit. — Das Schicksal der Verschickten.

Unser <>>>-Korrespondent schreibt uns: Eine der größten Streitbewegungen, die Russland in den letzten Wochen erlebt hat, ist die auf der Wollinischen Fabrik im Gouvernement Wjatka, die über 2000 Arbeiter beschäftigt. Am 4. April, morgens früh versammelten sich plötzlich alle Arbeiter der Fabrik und stellten an die Arbeit zu gehen, zogen sie zu dem Hause des Fabrikverwalters. Die Masse nahm den Verwalter in ihre Mitte und der Zug, dem ein Arbeiter eine rote Fahne mit der Inschrift: „Einer für alle, alle für einen! vorantrug, bewegte sich zu dem Platz vor der Kirche zu, wo er von der ganzen Bevölkerung des Ortes empfangen wurde. Hier wurde dem Verwalter schriftlich die Forderung des Nichtstundearbeitslagers und noch einige andere betreffend die Entlohnung vorgenommen. Der Verwalter weigerte sich, die Forderungen anzunehmen; doch die Menge erklärte, er könne nicht eher freigelassen werden, bevor man nicht seine Unterschrift habe. Der Verwalter wehrte sich bis 11 Uhr nachmittags, als er aber sah, daß er anders nicht loskam, unterschrieb er. Die Streikenden verhielten sich ruhig, auf den Straßen sah man keine Verunreinigung. In der darauffolgenden Nacht erschien aus Sarapul der Prokurator mit dem Sprawnik, die zwei der beliebtesten Kameraden unter den Arbeitern verhaftet ließen. Um anderen Morgen gingen nun die Arbeiter statt in die Fabrik, nach ihren Genossen sahnden. Der erste Weg war zu dem Stanowoi; als dieser jede Auskunft verweigerte, demolisierte man seine Wohnung. Von hier zog die Menge zu dem Prokurator; schließlich gelang es, die Verhafteten in der Wohnung des Stadtrichters aufzufinden, den die Arbeiter vertrieben; die eingeteilten Kameraden wurden im feierlichen Zuge nach Hause gebracht. Mit welcher Sympathie die ganze Bevölkerung dem Streik gegenüber steht, beweist die Thatache, daß obgleich diese schon einige Tage über die Vorbereitungen zu dem Streik wußte, die Administration der Fabrik und die Polizei nicht das geringste geahnt haben. Beim Beginn des Streiks wurden alle Telegraphendrähte abgeschnitten und auf alle zu der Ortschaft führenden Wege Posten aufgestellt.

Nachdem die obigen Seiten schon geschrieben waren, lief die Nachricht ein, daß der Streik unterdrückt worden ist. 85 Personen sind durchgepeitscht worden; unter ihnen auch ein Schüler der Kunstabademie in Petersburg. Entlassene sind aus der Fabrik 40 Personen, 8 befinden sich in Haft.

Aus dem Butiki-Gefängnis teilt einer der während der letzten Unruhen Verhafteten folgendes mit:

Wie lange ich hier sein werde, weiß ich nicht. Es kann geschehen, daß mir heute das Urteil verkündet wird, und ich morgen schon auf dem Wege bin. Sehr oft wird jetzt erst nach Aukunft am Orte der Verbannung die Resolution mitgeteilt. Früher war es anders, man verkündete das Urteil und erst dann nach einiger Zeit, so nach einer Woche, wurde bekannt gegeben, wann man weiter transportiert werden soll. In der letzten Zeit erfährt man nur plötzlich an einem schönen Tage oder besser gesagt, in einer dunklen Nacht, daß man im nächsten Augenblick zum Bahnhof befördert wird. Hier sahen sechs Publizisten, die beschuldigt waren, an der revolutionären Propagandaklitteratur mitgearbeitet zu haben; und sie erhielten 8 Jahre Sibirien. Die ganze Zeit warteten sie, wann eigentlich die Reise an sie kommen wird, und plötzlich eröffnete man ihnen, daß sie diesen Augenblick sich auf den Weg machen müssen. Sie baten, man solle ihren Verwandten zu wissen geben, damit diese das Notwendigste für die weite Reise besorgen könnten. Es half alles nichts. Um 3 Uhr nachts wurden sie zur Bahn geführt. Man schloß sie in einen Arrestantenwagen ein, der Wagen wurde von Soldaten umstellt und auf das Reservegeleise gezogen, wo sie am nächsten Tage bis 8 Uhr nachmittags blieben. Das alles wird praktiziert, um Demonstrationen anzuweichen. Auf gleiche Art und Weise wurden in diesen Tagen 95 Studenten nach Sibirien verschickt.

Im Taganlagsenatorium in Moskau befinden sich, wie der Organisation der Arbeitersache mitgeteilt wird, 300 Soldaten und 18 Offiziere. Ein Regiment Infanterie soll aus Moskau in die Provinz verlegt werden, weil es verheimlicht hatte, daß unter der Mannschaft Proklamationen zur Verteilung gekommen waren.

Nach Nachrichten verschiedener Korrespondenten aus dem Gebiet des Bauernaufstandes beträgt die Zahl der revoltierenden Bauern 80000. Zur Niederschlagung der Unruhen ist aus Charlow und Umgegend fast das ganze Militär herangezogen.

Der Krieg in Südafrika.

Bon der Konferenz.

Verschiedene Mitteilungen aus Pretoria, deren Möglichkeit nicht gewährleistet werden kann, die aber in vielen Kreisen bestätigt werden, besagen: Die Hauptgegner der Annahme der im April in Pretoria zur Verhandlung gekommenen Friedensbedingungen sind Präsident Steyn und Bessels, die im Nordosten des Orangestaates kommandieren, und Müller, der in der Nähe von Middelburg steht, sowie Celliers, Befehlshaber im westlichen Transvaal. Herzog soll sich gleichfalls ablehnend verhalten. Dewet, der zuletzt zur Befreiung kam und in etwas grüniger Stimmung war, scheint jetzt friedfertiger zu sein. Diese der Einstellung der Feindesfeigkeiten abgenommenen Elemente sind zweifellos stark, und zwar so stark, daß sie einen Friedensschluß zu den bereits besprochenen Bedingungen zweifelhaft erscheinen lassen. Um alles kurz zusammen zu fassen, heißt es, daß die Wehrheit der Transvaalburen einschließlich der Mitglieder der Regierung dem Frieden günstig sind, während die Freistaatburen mit wenigen einflussreichen Ausnahmen die Unabhängigkeit als Grundlage für die Friedensbedingungen wünschen.

Hierzu eine Beilage.

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt

Eisenbahnstrasse 39—43

hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

Messthaler-Ensemble

Albert-Theater (Hotel Stadt Nürnberg), Bayerische Straße
zu volkstümlichen Preisen:

Donnerstag (zum letztenmal): Die Weber. — Die Macht der Finsternis.
Näheres siehe Anschlagtafeln. [4820]

Naturheilverein Leipzig II. Pilsener Hof Klostergasse.

Donnerstag, 22. Mai, Frauen-Vortrag über: Die Massage im Dienste der Frauenheilfunde von Frau Köhler-Zwolak. Gänse vollkommen. Eintritt frei. Sonntag, 25. Mai, Ausflug nach Lößnitz in den Goldenen Stern. Abmarsch mittags 2 Uhr vom Königplatz. [4850]

Felsenkeller, L.-Plagwitz

Morgen Donnerstag von 8 Uhr an

Konzert der Leipziger Sänger aus dem Kristallpalast.

Hierauf: BALL.

Ergebnis W. Canitz.

Arnolds Restaurant und Café

Dufourstr. 30, Ecke Rückowstraße [4431]

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten zur geselligen Benutzung. Bier F. A. Ulrich f., gute Rüche. Hochachtungsvoll Arnold.

Generälichkeit und Bereitheit empfiehlt meine Lokalitäten nebst Garten. Angenehmer Aufenthalt. Billard, f. Biere, Regelbahn. [4650]

Fritz Kasper Gute Quelle, Breite Straße.

Eilenburg.



Zu haben bei Herrn Samuel Ritter,
in allen besseren Drogen-, Kolonialwaren- u.
Delikatessgeschäften und in den Restaurants.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 20. Mai 1902.

a) Auftretend:

373 Kinder und zwar 150 Ochsen, 19 Kalben, 185 Kühe, 69 Bullen;
139 Rinder;
362 Stück Schafsvieh;
969 Schweine und zwar 900 deutsche, — aus

1848 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tier-gattung	Bezeichnung	Lebend- Gewicht.	Schlacht- Gewicht.
Dosen:	1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte bis zu 6 Jahren	—	68
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	64
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	—	58
	4. gering genährt jeden Alters	—	52
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgemästet Kalben höchste Schlachtwerte	—	65
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren	—	62
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwölzte jüngere Kühe und Kalben	—	56
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	—	50
	5. gering genährt Kühe und Kalben	—	44
Bullen:	1. vollfleischige höchste Schlachtwerte	—	62
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	—	57
	3. gering genährt	—	50
Rinder:	1. seines Maß (Vollmilch-Maß) und beste Saugfälber	48	—
	2. mittlere Maß und gute Saugfälber	46	—
	3. geringe Saugfälber	38	—
	4. ältere gering genährt (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Wallkünder und jüngere Wallschämmel	32	—
	2. ältere Wallschämmel	30	—
	3. mäßig genährt Schämmel und Schafe (Wetzschäfe)	—	—
	4. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	—	64
	5. fleischige	—	61
	6. gering entwölzte, sowie Sämen und Eber	—	55
	7. ausländische (ane)	—	—
c) Verkauf:		d) Geschäftsgang:	langsam
342 Kinder u. zwar 128 Ochsen, 19 Kalben, 126 Kühe, 60 Bullen			
189 Rinder			
250 Schafe			
849 Schweine			

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Jaesch in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.



Rost-Wurst ist die beste!

Petersstraße 20
Neumarkt 24 und
Theaterpassage.



wird allseits infolge des Princips coulantest, Bedienung u. Führung nur streng realer Waren das allbekannte, renommierte Möbel- und Waren-Kredit-Haus von

Hermann Schraepeler
Leipzig, Königsplatz 12, I.
Ecke Petersteinweg.
Möbel und Polster-Waren
Specialität:
Kompl. Zimmer-Einrichtungen.
Weltgehandeste Abzahlungsbedingungen.

Radfahrer.

Nene Räder unter reeller Garantie von 80—130 M. Zubehörteile billigst: Fußbremsen 40 M., Garibid 55 M., Ständer 50 M., Fußdecken 25 M., Anschlagslossen 15 M., Radlaufflossen 90 M., Griffe 25 M., Hosenklammern 30 M., Hosensaumgen 35 M., Blechfotshüller 2.25 M., Blodletten 2.25 M., Doppelklemmisen 3.75 M., Kettenpanzer 35 M., Deltatern 85 M., Acetylenlaternen 1.00 M., Laternenhalter 15 M., Luftpumpen 40 M., Fußpumpen 1.25 M., Pedale 2.50 M., Engländer 30 M., Fußschläuche 3 M., Fußdecken mit Garantie 6 M. sc. sc.

Lipziger Fahrrad-Haus

Sebastien Bachstr. 32. [4854]
Preisliste gratis. Versand nach ausserh.

Schwitzer für Herren und Damen

gibt billigst ab die Fabrik [3868]
Weststrasse 67, pt.

Familienanzeigen.

Uns liebt Vater Paul Höhnel gratulieren zum 30. Wiegenseite Frieda und Willi.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenstrauß beim Tode und Begegnung des Arbeiters [4842]

Wilhelm Kanitz

flogen wir hierdurch innigsten Dank, insbesondere sein, Herren Chef, Vorgesetzten und Kollegen, dem Gewerbeverein der Tischler (H.-D.) u. allen, die ihm zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Leidenau, 20 Mai 1902.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Aller lieben Verwandten und Freunden zur traurigen Nachricht, dass mein lieber Mann, unser guter Vater, der Steinmetz [4855]

Karl Hebestreit

am 19. Mai unter schwerem Leid entlassen ist.

Leiderhausen, Grenzstr. 15.
Die trauernde Gattin u. Kinder.

Beerdigung: Donnerstag mitt. 1 Uhr.

Leiderhausen, 20 Mai 1902.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Herzlichen Dank für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenstrauß beim Begegnung des Arbeiters [4842]

Hermann Bretschneider

nochmal Danck allen Freunden, Verwandten u. Mitarb. d. Fa. Stühr & Co.

Kleinmösscher, 20. Mai 1902.
Die trauernde Gattin Wilhelmine Bretschneider.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Herzlichen Dank für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begegnung des Arbeiters [4842]

Karl Mückenberger

in Leipzig-Plagwitz.

Er war einer berührenden Genossen, die, wenn sie gerufen werden, zuerst auf dem Blaue sind. Auch unter dem Ausnahmegesetz hatte er zu dulden; er wurde bei Verbreitung eines Flugblattes in Gohlis von den heiligen Hermannab erwischt und hierauf zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Parteigenossen werden seiner in Ehren gebeten. Leicht sei ihm die Erde.

Der Vertrauensmann von Leipzig-West.

Beilage zu Nr. 113 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 21. Mai 1902.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Transportvergünstigung. Aus Dresden berichtet unser s.-Correspondent: Die sinkende Rente der sächsischen Eisenbahnen hat bereits die Regierung veranlaßt — wie man im Deputationsbericht der zweiten Stämmer lesen kann — die Löhne einiger Kategorien von Eisenbahnarbeitern zu fördern. Wenn man aber glaubt, daß Sparwut und Knauigkeit jetzt unser ganzes sächsisches Eisenbahnwesen beherrscht, so täuscht man sich. Die königliche Staatsbahnverwaltung kann auch durchaus nobel vorgehen, wenn es sich nicht gerade um — Eisenbahnarbeiter handelt. In der Zeit vom 24. Mai bis 1. Juni findet im Konzerthaus des hiesigen Zoologischen Gartens eine Jagdtrophäen-Ausstellung statt. Nur der Erleger des betreffenden Wildes oder der Jagdbesitzer ist berechtigt, solche Trophäen auszustellen. Da es sich namentlich um Hirschgewebe handelt, ist es von voriherein klar, daß sich an dieser Sportausstellung nur die reichsten Leute Sachsen's beteiligen können. Damit nun diesen Herren die Weidmanns-Lorbeer nicht zu teuer kommen, hat die königl. Staatsbahn für die Ausstellungsgegenstände freien Rücktransport gewährt. Welche Gesellschaftskreise hier in Betracht kommen, ersieht man schon aus der Zusammensetzung der Preisrichter und des Ausstellungsausschusses, in dem u. a. sitzen: Kammerherr Major z. D. v. Stämmer, Kammerherr Graf Eberhard v. Fabrice, Exzellenz General der Kavallerie z. D. v. Kirchbach, Kammerherr Baron v. Bürk auf Schönfeld, Kammerherr Major v. Spörken auf Verbißdorf u. s. w. Da bis jetzt bereits über 800 Ausstellungsnummern angemeldet sind, die in mannsgroßen Kisten in Dresden anlangen, ist der Aussfall für den Eisenbahnfiskus nicht gering anzuschlagen. Der sächsische Steuerzahler wird aber gewiß Genugthuung darüber empfinden, daß das Staatsgeschenk in so erlauchte Hände kommt.

Auch eine Kommunalwahlreform. Das Stadtverordnetenkollegium in Röhrwein hat in Übereinstimmung mit dem Rat beschlossen, die Zahl der Stadtverordneten auf 18 zu erhöhen; die Einrichtung der Ersatzmänner aber wegfallen zu lassen; jedoch mit der Aenderung, daß das Kollegium künftig aus 13 Unansässigen und 5 Unionsansässigen besteht. Der Rat hatte 12 Unansässige und 6 Unionsansässige vorgeschlagen. Obgleich hier also bereits das Verhältnis der Ansässigen zu den Unansässigen auf zwei Drittel zu ein Drittel bemessen war, genügte das der Stadtverordneten doch noch nicht; sie erhöhten die Zahl der Ansässigen noch um einen Vertreter und verminderten dafür die Sitz der Unionsansässigen. Bei der Verteilung der Steuerlasten werden die Ansässigen natürlich nicht in derselben Weise verfahren. Das Übergewicht der Hansagravier in einem Stadtparlament muß natürlich für eine Gemeinde ebenso ein Nachteil sein wie das Übergewicht der Moravier im Landtage.

Eine schöne Wirtschaft muß früher in der Gemeindeverwaltung der Ortschaft Müheln bei Pirna geherrscht haben. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurden auf Antrag der Arbeitervertreter drei Anfragen auf die Tagesordnung gesetzt. Sie beziehen sich auf die rückständigen Gemeindeanslagen von den Jahren 1898—1900, auf die Höhe der Besitzveränderungsabgaben und deren Verwendung, und drittens auf die Verwendung einer Summe von 90 000 Ml. in demselben Zeitraum, die durch Veräußerung von Gemeindeareal an die Kirche vereinbart wurden. Der jetzige Gemeindelassierer arbeitet unter Hinzuziehung von Hilfskräften seit vielen Monaten daran, einigermaßen Klarheit in die Geschäftsführung der früheren Verwaltung zu bringen, da seit 1898 kein Jahresabschluß erfolgt ist. Es ist zu diesen Seiten eine Mitherrschaft geführt worden, die der Gemeinde großen finanziellen Schaden gebracht hat. Der Gemeindelassierer erstattete Bericht über das bisher von ihm Ermittelte. So sind jetzt 770 Mahnungen für rückständige Steuern hinausgegangen, über 100 mußten aber als erledigt angesehen werden, da diese Steuerzahler überhaupt nicht mehr aufzufinden waren. Vom Jahre 1898 lasse sich vorläufig noch kein klares Bild geben, da für dieses Jahr ein Pfändungsbefehl über 4000 Ml. vollständig fehlt. Daß dieser aber hinausgegangen war, zeigten eine Anzahl Widersprüche gegen nochmalige Mahnung und die Thatsache, daß die vom Vollstreckungsbemalten quittierten Zettel vorgezeigt werden konnten. Auch die nächstfolgende Zeit sei schlecht gearbeitet worden. Es seien allein auf das Jahr 1899/1900 Steuerzahler zu verzeichnen und daß ganz Kassenbuch über die Gemeindeanslagen für

Kleine Chronik.

Selvatico, 21. aprile.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater kann am Donnerstag wegen andauernder Heiserkeit des Krl. Weibt Rienzi nicht gegeben werden. Dafür gelangt Richard Wagners Lohnhäuser zur Aufführung. — Im Alten Theater geht Sudermann's Drama Es lebe das Leben in Scene. Als Norbert gastiert Herr Sternberg vom Stadttheater in Wek auf Engagement.

Für Freitag ist im Neuen Theater Egmont, im Alten Theater die Operette Wiener Blut angesezt.

Am Sonnabend wurde im Neuen Theater die Oper Martha, im Wiener Theater die Operette Wiener Blut wiederholt.

Vom Donnerstag bis Sonnabend den 24. Mai nachmittags 3 Uhr bleibt den Abonnenten das Vorlaufsrecht nach Maßgabe der vorhandenen Plätze für den am Mittwoch den 28. Mai zum Besten des Pensionsfonds des Leipziger Stadttheaters bei aufgehobenen Abonnement stattfindende Ehrenabend für Frau Emma Baumann gewahrt. Zur Aufführung gelangt die Oper Die lustigen Weiber von Windsor mit Frau Baumann als Frau Fluth und Herrn Hofopernsänger Ernst Rächter von der Dresdener königlichen Hofoper.

späteren jungen. Einj. Bautz von der Dresdner Konzertwelt. Poloper als Halbstaff. Die Abonnenten können von heute bis Sonnabend in den Stunden von 10—8 Uhr täglich ihre Billets gegen Vorrückung des letzten Abonnementumschlags in Empfang nehmen. Der Vorverkauf der Billets beginnt am Montag den 26. Mai an der Tageskasse des Neuen Theaters (mit Aufgeld von 80 Pfsg. pro Billet).

Es muss auffallen, daß von der immerhin annehmbaren Rollenbesetzung bei der Premiere zu hohen Preisen jetzt nicht mehr viel übrig geblieben ist. Fast alle Hauptrollen, ausgenommen der alte Baumert, der wie früher lebenswahr gespielt wurde, lagen in neuen Händen und in was für welchen! Moritz Jäger stolzierte wie ein Reservoeffizier umher. Fabrikant Dreßiger wurde weber in Sprach noch Erziehung seiner Rolle gerecht. Bei den Beflissensten war

dieses Jahr fehle. Der Staatsanwalt hat jetzt diese An-
gelegenheit in Händen. Was die Besitzveränderungsabgaben an-
langt, so sind vom Jahre 1885 bis 1901 insgesamt 108 527 Ml.
vereinnahmt worden (im Jahre 1900 allein 30 000 Ml.), denen
ein Grundstücksumfang im Werthe von 17 130 715 Ml. entspricht.
Von den Besitzveränderungsabgaben sind 42 600 Ml. bei der Ge-
meinde, 42 815 Ml. bei der Armen- und 2 896 Ml. bei der
Kirchensässe verbucht worden. Der auf die Gemeindelasse ent-
fallende Teil ist wahrscheinlich auch zu den „Allgemeinen Aus-
gaben“ mit verwandt worden. Da in den obenerwähnten Jahren
die Einnahmen an Gemeindeanlagen den Bedarf der Gemeinde
nicht deckten, so ist wahrscheinlich ein Teil der oben erwähnten
90 000 Ml. mit verwendet worden. Nächste Nachweise fehlen
jedoch gänzlich. Diese Summe ist neben einem Riesenpump, der
(infl. des Wasserleitungsbaues) auf nahezu zwei Millionen an-
gewachsen ist, eben in dem großen Loch: „Allgemeine Ausgaben“
versunken. Auch der Armenklassenfonds von 33 000 Ml. ist dabei
mit „verkümmelt“ worden und musste später durch Anleihe seiner
Bestimmung wieder zugeführt werden. Beim Bau der Wasser-
leitung ist es ebenfalls nicht ganz einwandfrei hergegangen. Es
haben sich bei Prüfung der ganzen Anlage durch Sachverständige
so viel Unregelmäßigkeiten herausgestellt, die so nahe an Ve-
treug grenzen, daß ein gerichtliches Verfahren die Sache wohl
wird aufklären müssen. Dieser Bau war mit 880 000 Ml. ver-
anschlagt, kostet aber jetzt rund 800 000 Ml. — Man er sieht aus
dem hier Mitgeteilten, wie unverantwortlich gewirtschaftet wor-
den ist. Die Schuld daran ist zum weitaus größten Teil dem
früheren Gemeinderat beizumessen, der es an der nötigen Umsicht
hat fehlen lassen.

r. Dresden, 20. Mai. Eines eigenartigen Verstödes gegen das Preßgesetz wegen mißten sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Lithograph Beier und der Papierladeninhaber Werner verantworten. Sie haben eine Ansichtskarte hergestellt bezw. in den Handel gebracht, auf der die Wirkungen des Brot- und Fleischzuschlags nach der Zollvorlage und den Wünschen der Agrarier veranschaulicht werden. Mittels eines ausziehbaren Streifens kann man demonstrieren, wie entsprechend der Steigerung der Zollsähe Brot und Würste immer kleiner werden. Eine ganz originelle Idee, die an sich selbst vom Gericht als durchaus harmlos vom gesetzlichen Standpunkt aus bezeichnet wurde, obwohl ein Magdeburger Staatsanwalt schon einmal auch in dieser Beziehung ein „Vergehen“ heraustrüfteln wollte. In Dresden hat man jedoch etwas anderes Strafbares an der Karte entdeckt, nämlich, daß sie keine Angaben über Drucker und Verleger enthält. Das Gericht fand nun, daß auch Postkarten „periodische Druckschriften“ und daher den Bestimmungen der §§ 2 und 6 des Preßgesetzes unterworfen seien. Die beiden „Preßfünder“ wollten das freilich nicht recht einsehen, wurden aber trotzdem zu je 10 Mk. Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis verurteilt.

Wittweida, 20. Mai. Das Stadtverordnetenkollegium nahm ein vom Stadtrate vorgelegtes Regulativ, die hiesigen Wurstküchen betreffend, an. Nach den Ermittlungen des Rates betreiben in unserer Stadt 68 Personen den Verkauf von Fleisch und Wurstwaren gewerbsmäßig, und in 26 Fällen werden die Wurstkessel auch zum Kochen der Wäsche benutzt. Durch das neue Regulativ soll verhindert werden, daß zum Wurstkochen Fleischkessel benutzt werden.

Weerane, 20. Mai. Die in Finanzzößen befindliche Gesellschaft für elektrische Anlagen und Bahnen in Dresden hat da ihr gehörige Elektrizitätswerk Weerane der hiesigen Stadtgemeinde zum Preise von 350 000 M. zum Kauf angeboten. Die städtischen Kollegien boten indes nur 250 000 M. Wijcht bekannt wird, hat die Besitzerin dieses Angebot angenommen. Der Kauf ist vollzogen und die Übergabe des Werkes in städtische Verwaltung erfolgt bereits am 1. Juli d.

Wortes in jüngster Zeitwirkung erfolgt bereits am 1. Juli d. J. Die hiesigen Bürger sind einigermaßen verwundert über die Geheimnissstämmerie, die bei dieser Gelegenheit von den städtischen Kollegien beliebt wurde. Immer wurde dieser Punkt hinter verschlossenen Thüren verhandelt.

Waldburg, 20. Mai. Vor die Schranken des hiesigen Amtsgerichts wurde Genosse Scherf aus Langendorf eingezogen, um sich wegen Bekleidung des Gemeindevorstandes Stieglar zu Langendorf zu verantworten. Die Klage ist auf Veranlassung der Amtshauptmannschaft zu stande gekommen. Die Anklage legt ihm vor, dass die Bekleidung dadurch begangen zu haben

ein hämpel Menschen auf der Bühne. Und vor allem durch waghalsige Kürzungen hatte man die Weber bis ins Unverständliche zurechtgeschnitten. Vielleicht aus stillsem Missleid mit dem verhungerten Dichter und dem enttäuschten Publikum.

Waren die Preise fürs Volk um die Hälfte billiger, diese Aufführungen fürs Volk waren ums Vierfache schlechter als die frühere Vorstellungen.

= **Verboten!** Aus München wird einem hiesigen Blatt gemeldet: Der Einakter Volksausklärung von Max Dreyer soll vor kurzem im Münchener Schauspielhaus zur Aufführung kommen. Von der königl. Polizeidirektion erging über ein Verbot. Die Direktion des Schauspielhauses erhob nun Beschwerde bei der Kreisregierung von Oberbayern gegen dieses Verbot, wurde aber abgewiesen; sie wandte sich sodann mit der Beschwerde an das königl. Staatsministerium des Innern; aber auch in dieser dritten und letzten Instanz ist jetzt, wie ich erfahre, die Beschwerde abgewiesen. Verbot der Aufführung also bestätigt worden.

= Einen internationalen Schutzverein zum Schutze der Mitglieder gegen Ausbeutung durch Agenturen haben in Mailand 300 Opernsänger und Sängerinnen gegründet. Auch die Errichtung einer Pensionskasse und die Herausgabe eines Vereinsorgan ist in Aussicht genommen.

„Die Kunst in das Leben des Kindes.“ Im Chemnitzer Tageblatt ist zu lesen: „Der hiesige Kunstgewerbeverein hat die 1. Kindergartenbeizschule 41 Wandbilder, der 5. Mädchenebeizschule 4 Bilder aus „Weltkunst“ aus den Schulräumen hängen lassen.“

4 Bilder zur Ausschmückung des Klassenzimmers begleit. des Kom-
binationszimmers überwiesen. Er hat damit bei uns den lob-
lichen Anfang gemacht zur Erfüllung und Verwirklichung der
neuesten Forderung der Künstler, Kunstschriftsteller und Pädag-
ogen: „Die Kunst in das Leben des Kindes“, insbesondere der
Richtung jenes Bestrebens, welche zunächst „künstlerischen Bildern“
schmied für die Schulstube“ wünscht. Die Bilder bringen künst-
lerische Naturdarstellungen und ausgezeichnete Reproduktionen
von Kunstwerken. Zahlreich sind besonders farbige Lithographien
aus dem Verlag von Teubner u. Voigtländer vertreten. Um nur
einige Blätter anzuführen: Das Hünengrab und Im Stahlwerk
bei Krupp (1) von Wiese, der Mondaufgang von Kampfmann, die
pfiffige Bauer von Georgi, der Morgen im Hochgebirge von
Hoch. Die Sonn' erwacht und Wogendes Mornfeld von H. v. Vol-
mann und Kampfs Einsegnung der Freiwilligen. Dann getreue
Lithographische Wiedergaben von Joseph v. Führichchen und Luk-

dass er in der Sitzung des Gemeinderats vom 20. Januar geäufert haben soll: „Der Vorstand geht zu Festlichkeiten armer Leute, zu denen er vorher die Mittel bewilligt hat.“ Der Angeklagte bestreitet, die Redewendung in dieser Weise gebraucht zu haben. Veranlassung zu dem Vorgang war die so häufige Gepllogenheit, aus dem Gemeindesäckel bei Jubiläen und dergleichen Geschenke zu bewilligen, wofür die Beschenkten dann gewöhnlich durch ein Festessen oder ähnliche Dinge sich bedanken. Der Angeklagte, der seit acht Jahren Mitglied des Gemeinderates ist und auch dem Schulausschusse angehört hat, hat auf dem Standpunkt gestanden, dass diejenigen, welche die Mittel bewilligen, diese mich aufbringen sollen. So verhielt er sich auch ablehnend, als es sich darum handelte, beim 25jährigen Amtsjubiläum des Kantors, eines der bestbekreierten Männer in L., der übrigens selbst Gemeinderatsvertreter ist, Bewilligungen zu machen. Der Zeuge Stiegler sagte aus, der Angeklagte habe auf einen Zwischenruf geantwortet: „Sie gehen auch zu Festlichkeiten, zu denen arme Leute vorher die Mittel bewilligt haben.“ Im übrigen giebt der Zeuge zu, dass das Auftreten des Beklagten in der ganzen Zeit, seit er dem Gemeinderat angehört, ein anständiges gewesen sei. Das Gericht sah die Anklage als erwiesen an und verurteilte unseren Genossen zu 10 M. Geldstrafe. Beimerkenswert ist aus der Verhandlung eine Frage des Amtsrichters. Um einen Grund der Richterinsolbung des Angeklagten zum Festessen beim Kanton festzustellen, fragt er: „Wie stehen Sie mit dem Kanton und stimmen Sie mit seinen Ideen überein?“ Genosse Scherf antwortete, dass er mit dem Kanton ganz gut stehe, d. h. sie verkehrten beide wie Menschen miteinander; ob die Ideen des Kantors mit den seinen übereinstimmten, wisse er aber nicht.

Zwickau, 20. Mai. Infolge der Unterschlagungen des früheren Gemeindevorstandes hat sich in Edersbach in diesem Jahre die Gemeindesteuer um 40 Prozent erhöht.

Aleine Nachrichten aus dem Vande. Der Rentier Janssen in Streblen-Dresden ist dieser Tage gestorben. Der Verstorbene wurde vor einigen Monaten als Verlierer einer Summe von 70 000 M^r. viel genannt. Die verlorene Summe hat sich nicht wiedergefunden, trotzdem die Belohnung allmählich auf 10000 M^r. erhöht worden war. — In Lößtau hatte sich der Baugewerke Leichmann von seinen Angehörigen entfernt, um sich, wie er schriftlich hinterließ, das Leben zu nehmen. Er hat diesen Vorsatz ausgeführt, denn man fand ihn erhängt auf dem Kirschberge. Materielle Sorgen haben den schon älteren Mann in den Tod getrieben. Am Pfingstsonnabend konnte er den bei ihm beschäftigten Arbeitern den Lohn nicht auszahlen, weil er für eine größere Arbeit, die er geleistet hatte, daß Geld nicht bekam, auf das er bestimmt gerechnet hatte. — In der Kirche zu Oberhelsensdorf bei Pirna hat sich ein junger Student der Chemie aus Dresden vergiftet. Er hieß sich bereits seit drei Tagen in Oberhelsensdorf auf und scheint die That schon seit dem 9. Mai, seit welchem Tage er von Dresden verschwunden ist, geplant zu haben. Der etwa 20 Jahre alte Selbstmörder, der aus Copitz gebürtig ist, besitzt hier Oberhelsensdorf Verwandte. In einem hinterlassenen Briefe gab der Lebensmüde an, daß ihn Befürchtungen wegen drohender geistiger Umgestaltung in den Tod getrieben hätten. — Der 85 Jahre alte Weber Strobel in Einöde bei Görlitz im Vogtlanbe wollte nach dem Abendessen wieder das Wirtschaft aufsuchen. Da die Witte seiner Frau, zu Hause zu bleiben, nichts fruchtbaren, suchte sie ihn durch Festhalten an den Rockschlägen zurückzuholen. Strobel, der bereits auf der ersten Treppenstufe stand, riß sich mit Gewalt los und stürzte die steile Treppe hinab, deren Fuge er mit gebrochenem Genick tot liegen blieb. — In Zwickau ist die 68 Jahre alte Ehefrau eines Robelltschlers in Folge Verbrennung gestorben. Es waren durch Herabfallen einer brennenden Petroleumlampe ihre Kleider in Brand geraten. Eine Hilse herbeilam, hatte sie bereits so schwere Verbrennungen erlitten, daß keine Rettung mehr möglich war.

Schleuditz, 20. Mai. Als zu Anfang vorigen Jahrhunderts nach dem Wiener Kongreß die Grenze zwischen Sachsen und Preußen in unserer Gegend festgesetzt worden war, setzte jedes Land nach seinem Gutdünken Grenzsteine, die in ihren Angaben oft einen und mehr, selbst bis 11 Meter differierten. Das mußte natürlich zu Streitigkeiten führen. Um diese in Zukunft zu vermeiden, sind schon seit vorigem Jahre zwei preußische und zwei sächsische Beamte mit Hilfspersonal thätig gewesen, die Grenze gemeinschaftlich zu regulieren. Bis jetzt ist die Arbeit so weit gediehen, daß die säulenartigen Grenzsteine, sehr dicht gesetzt, die Grenze genau bestimmen. Zur Abnahme dieser Festsetzung waren vergangene Woche die beiden Landrat Großdöben und Borsigkau aus Wermsdorf als Beobachter des vereinigten Sch

wig Richterschen Holzschnitten, die prächtigen Heliogravüren von
Fritz v. Uhdes Christus predigt am See und von Böddins Toten-
insel. Die Bilder entsprechen durchweg dem Zweck, durch An-
schauung den Neugungen der Phantasie des Kindes ihre Richtung
zu geben und durch ihren künstlerischen Charakter das Kind für
Geschmacksverirrungen empfindlich zu machen. Wer als Kind
gute künstlerische Eindrücke in sich aufgenommen hat, der wird
als Erwachsener ein sicheres Urteil in künstlerischen Dingen haben
und nicht wehr- und ratslos jeder neu auftauchenden Kunst-
Charlatanerie ausgeliefert sein. Das Kind soll das Schöne vom
Unschönen unterscheiden lernen, es feinern und achten lernen, eine
ästhetische Gewöhnung soll ihm eingepflanzt, ein Gefühl für das
Schöne in seine empfindsame Seele gelegt werden, das es durch
das Leben begleitet. Dazwischen zur Erreichung dieses Ziels freilich
noch nicht genügt, wenn man in ein Zimmer Kunstmwerke hinein-
hängt, sondern daß noch viele andere Forderungen dazu erfüllt
werden müssen, des sind wir uns wohl bewußt. Aber als Un-
terstützung, die Kinder dem Kunstempfinden näher zu führen, dem
Schulzwecken den Charakter des Schönen mehr als bisher, eindring-
licher zu verleihen, verdient daß doch auch kostspielige Werk des
Kunstgewerbevereins die beste Anerkennung.“ Das Vorgehen des
Chemnitzer Kunstgewerbevereins verdient Anerkennung und Nach-

= **Richard Wagner-Gedenktafel in Wien.** Am Donnerstag den 22. Mai 1902 findet um 5 Uhr nachmittags die feierliche Ent-
hüllung der am Hause: Wien, XIII. (Penzing), Habigsgasse 72, auf
gebrachten Gedenktafel für Richard Wagner statt. Professor Johann
Benz hat ein Hautrelief in Laaser Marmor, Richard Wagner in
jüngeren Jahren im Brustbild darstellend, geschaffen, das von
Eichengrußlanden umrahmt ist. Zu Häupten findet sich die In-
schrift: „Der Not entwachsen Flügel“ (aus den Meistersingern
1. Akt), unter dem Relief auf der Tafel die Worte: „In diesem
Hause schuf 1863 bis 1864 Richard Wagner während der trübsten
Zeit seines Lebens an seinem sonnigsten Werke Die Meistersinger
von Frauen-Freuden gestiftet 1902.“

DM - 155-2

Vitterarisch.
Bergelchuis der eingegangenen Schriften:
Von der Hütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend
(Dresden, Verlag von H. Wallfisch) ist soeben das vierte Heft

gierung und Amtshauptmann Heink aus Leipzig als Vertreter der sächsischen Regierung anwesend, um im Beisein der staatlichen Vermögensbeamten, der Ortsbehörden &c. die Grenze von Schleswig bis Quesitz durch unterschiedliche Vollzug von Urkunden festzustellen. Bei diesem Akt ging fast alles glatt von statthaften. Nur an der Kuppe bei Döllig und bei Lehna ergaben sich Schwierigkeiten. Der letztere Fall soll den Ministerien zur Entscheidung vorgelegt werden.

Altenburg, 20. Mai. Der Landtag des Herzogtums Altenburg ist am Sonnabend nach zwölftägiger Thätigkeit wieder auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Seine Thätigkeit wird sich alsbald am Geldbeutel der Steuerzahler fühlbar machen. Die bodenlose Schuldenwirtschaft im Reiche ist auch auf die Finanzen unseres Großstaates nicht ohne Einfluss geblieben. Seit dem Jahre 1900 hat uns die Reichsherrschaft 370 000 Ml. mehr gekostet als angenommen werden konnte. Diese Summe muss sich in einem Lande, dessen ganzes Budget mit 4½ Millionen bilanziert, überaus fühlbar machen und das hat dazu geführt, dass die Regierung zwei neue Steuergesetze einbrachte, deren Tragweite sich heute noch gar nicht überschauen lässt. Was aber diese Steuergesetze besonders interessant macht, das ist der Umstand, dass die Landwirtschaft vollständig verschont bleibt, man hat vielmehr in einseitiger Weise Handel und Industrie belastet. Zunächst wird zum Zwecke einer höheren Besteuerung eine Neuabschätzung aller Gebäude vorgenommen, davon sind jedoch alle die Gebäude ausgenommen, die landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Auch Felder, Wald und Wiesen bleiben steuerfrei. Dieses Gesetz belastet also nur die Städte und die Industriedörfer. Bissher ist bei der Beratung des Etats neben der Zahl der Einkommensteuertermine auch die Zahl der Termine Grundsteuer für die laufende Finanzperiode festgesetzt worden. Dies fällt jetzt weg, denn der Landtag hat nunmehr die Zahl der Grundsteuertermine auf 2½ festgelegt — ein für allemal, wie es in dem Gesetz heißt — und der Landtag kann somit in diese Steuer nicht mehr dreinreden. Dem Ganzen hat man aber die Krone damit aufgesetzt, dass durch neues Gesetz die Einführung einer Ergänzungsteuer beschlossen wurde, die in eine Kapitalrente- und eine Gewerbesteuer zerfällt. Die Gewerbesteuer wird nach dem Kapital bemessen, das in den industriellen und in den Handelsbetrieben steht, ohne Rücksicht auf den Ertrag. Von dieser Steuer werden nicht betroffene ländliche Brannweinbrennereien und landwirtschaftliche Betriebe, mit Ausnahme der Kunst- und Handelsgärtnereien. Diese Gesetze, die so ziemlich beispiellos dastehen dürften, könnten natürlich nur dadurch Annahme finden, dass infolge eines ebenfalls beispiellosen Wahlgesetzes die Bauern 18, die Städte dagegen, welche die Hauptsteuerlast zu tragen haben, nur 12 Abgeordnete wählen dürfen. Die Drohung mit Obstruktion wurde vom Regierungstische mit der Erklärung abgethan: „Obstruktion ist nicht nur eine Vergevältigung der Majorität, sondern bei uns auch verboten, denn nach unserem Wahlgesetz kann dem Abgeordneten, der sich an einer Obstruktion beteiligt, das Mandat aberkannt werden und außerdem geht er des Wahlschreies auf die Dauer von 2—10 Jahren verlustig.“ Thatsächlich befindet sich eine ähnliche Bestimmung im Wahlgesetz. Das Land mit dem Ochsenkopf im Wappen dürfte durch diese fiese Bestimmung übertrumpft sein.

Sohla, 20. Mai. Der Landtag hat seinen Vorsitz, die Abg. Siebelrau und Bock, durch Zusatz wiedergewählt und das Gesetz über Schonzeit des Wildes angenommen. Bei der Beratung des Etats für die Zeit vom 1. Juli 1902 bis Ende Juni 1903 wurde der Kommissionssantrag angenommen, die Regierung möge den Staatsministern z. D. v. Bonin und Streng bei erster Gelegenheit angemessene Stellen im Staatsdienste übertragen. Der Landtag nahm den einjährigen Etat an und wurde dann auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Vorlage über Ausführung des Domänenausgleichs ist noch unerledigt.

Die dritte Generalversammlung des Verbandes der Handlungsgesellen und Gehilfen Deutschlands

lagte am 1. und 2. Pfingstfeiertage in Halle a. S. Vertreten waren 14 Orte mit 18 Stimmen. Zur Leitung der Verhandlungen wurde Friedländer Berlin gewählt. Nach dem Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl des Verbandes seit der letzten Generalversammlung erheblich gestiegen. Der Geschäftsführer Josephsohn erklärte, der Verband könne mit Stolz sagen, dass die kleine Zahl der klassenbewussten Handlungsgesellen die Sozialreform im Handelsgewerbe erzwungen und in Fluss gebracht und die anderen Gehilfenverbände gezwungen hat, sich mit sozialpolitischen Problemen zu beschäftigen. In der letzten Zeit haben sich auch die Angestellten der Konsumvereine und anderer Genossenschaften (Verkäufer und Comptoiristen) dem Verbande angeschlossen, und es ist dadurch möglich geworden, bei den hamburgischen Konsumvereinen den Stellennachweis des Verbandes zur Anerkennung zu bringen. In anderen Städten wird das in nächster Zeit gleichfalls erreicht werden. Ganz abnehmend verhält sich dem Stellennachweis gegenüber die Großkonsumgenossenschaft deutscher Konsumvereine. Josephsohn rügt dieses gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze verstörende Verhalten einer Organisation, die sich in der Hauptsache auf Arbeitergenossenschaften stützt. Er hofft, dass die Herstellung dieses Verhaltens seitens der Großkonsumgenossenschaften.

Aus dem Inhalt des Heftes hervor: Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Melchior Meyer. (Fortsetzung) — Morgenland. Gedicht von Paul Heyse. — Der Burenkrieg. Ein Überblick. Von Rudolf Krafft. (Fortsetzung) — Pidder Lüng. Gedicht von Deller v. Ullendorff. — Die Infektionskrankheiten. Von Dr. Popitz. — Das neue Evangelium. Von Julian Borchardt. — Fahrzeug des Volk. Von John Schlosser. Ameisen. Märchen von Karl Ewald. — Frik v. Uhde. Von K. H. Dötscher. — Vom Perpetuum mobile. Von Pt. — Belgien. Von Spektator. — Storchenvolksfest. Gedicht von Eduard Mörike. — Trostfest. Novelle von Alexander L. Kiessling. (Schluß). — Politik. — Kunstschilder: Frik v. Uhde, Vasset die Kindlein zu mir kommen.

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Vulkanen und dem glühenden Erdherne, die angesichts der Katastrophe auf der Insel Martinique allgemeines Interesse beanspruchen darf, gelangt in der soeben zur Ausgabe gelangten 3. Lieferung der neuen Publikation Hans Kraemers Weltall und Menschheit. (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin), unterstützt von fesselnden Bildern, zur Erörterung. Das neue Heft bringt ferner eine genaue Nachbildung eines Kupferstichs aus dem 18. Jahrhundert: Zusammenstoß eines Kometen mit der Sonne, der nach der Annahme Buffons, eines der berühmtesten Naturforscher des 18. Jahrhunderts, die Entstehung der Erde aus den abgesprengten Teilen des Sonnenballens herbeigeführt haben sollte.

jochaft diese bewegen werde, den Stellennachweis anzuerkennen. Der Rechtsschutz ist nicht erheblich in Anspruch genommen worden. Der Lohnverhandlung anderer Arbeiterschaften hat der Verband stets seiner Solidarität auch finanziell Ausdruck gegeben.

Von den zahlreichen Vorderungen des Status sind von allgemeinem Interesse, dass der Mitgliedsbeitrag für weibliche Angestellte im Hinblick auf die vielfach schlechte Vergütung der weiblichen Angestellten von 1 Ml. auf 60 Pf. pro Monat herabgesetzt wurde, und dass die Stellenlosenunterstützung bereits nach 14 Tagen Arbeitslosigkeit gezahlt werden soll. Das Eintrittsgeld kommt in Zukunft in Wegfall.

Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Josephsohn-Hamburg gewählt; derselbe wird die Organisation auch auf dem Gewerkschaftstag vertreten.

Am 2. Verhandlungstage referierte Reichstagsabgeordneter Moeser von Berlin über den Stand der Sozialreform im Handelsgewerbe. Seine eingehenden Darlegungen gipfelten in folgender einstimmig angenommenen Resolution:

Die soziale Lage der Gehilfenschaft des deutschen Handelsgewerbes macht reichsgesetzliche Maßnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und Stillekeit der Gehilfen und Gehilfinnen an einer unerlässlichen Notwendigkeit. Die von der Reichsgesetzgebung bisher unternommenen Schritte können nur als ein Anfang bezeichnet werden, der dringend des planmäßigen und unablässigen Ausbaus bedarf. Dieser Ausbau ist sowohl Aufgabe des Reiches (Schaffung neuer Gesetzesbestimmungen), als der Gemeinden (Durchführung der bisherigen reichsgesetzlichen Maßnahmen). Als nächste und dringendste Ziele der Gesetzgebung sind zu erstreben: Ausdehnung der Gewerbegelehrtsbarkeit auf die Handlungsgesellen, Schaffung einer Handelsinspektion nach Art der Gewerbeinspektion und unter Mitwirkung der Gehilfenschaft. Abschaffung der Konkurrenzklause, reichsgesetzliche Einführung des Achtuhrschlusses und Erstellung des gesetzlichen Achtuhrgeschäftschlusses für alle Handelsbetriebe bis zur Herbeführung des Achtstundentages, obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für alle unter 18 Jahre alten Kaufmännischen Angestellten an täglich zwei Vormittagsstunden der Wochentage, Herbeführung einer 80stündigen Sonntagsruhe, zweifelsprechende Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Gehilfenschaft im Handelsgewerbe.

Die Generalversammlung macht es den organisierten Kollegen zur Pflicht, in der Agitation für die Durchführung dieser Forderungen unermüdlich zu sein.

Wien, 11. Mai. Sprach dann über Kaufmännische Schiedsgerichte. Die Angelegenheit sei seit der letzten Generalversammlung nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen. Es müsse eine Massenagitierung großen Stils eingeleitet werden, um den Forderungen des Verbandes Gefürt zu verschaffen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Das Referat über Unsere Stellung zu den Konsumgenossenschaften hatte Herr Th. Meyer-Hamburg übernommen. In der Einleitung entwarf er ein Bild von der Entwicklung der Konsumgenossenschaften Deutschlands. Das Konsumgenossenschaftswesen steht in seiner zu erwähnenden Ausbreitung und Ausgestaltung einen bedeutenden Faktor für die wirtschaftliche und kulturelle Erhebung der Arbeiterklasse dar. Von den Genossenschaften ist zu verlangen, dass den Angestellten derartige Gehalts- und Arbeitsverhältnisse gewährt werden, wie sie von anständigen Privatunternehmern schon zugebilligt werden. In den Genossenschaften müsse sich ein neues Arbeitsverhältnis herausbilden — das Arbeitsverhältnis der Zukunft. Als Grundforderungen müssen von den Konsumgenossenschaften verlangt werden: für die Ladenangestellten Achtuhrschluss, ein freier halber Tag in der Woche, eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Gehaltes; für die Comptoir- und Lagerangestellten: achtstündiger Arbeitstag, zwei Wochen Ferien unter Fortzahlung des Gehaltes; für sämtliche Angestellte: Anstellung sämtlicher Angestellter durch Vorstand und Ausschussrat, direkte Salarierung durch den Verein. Im Falle militärischer Auseinandersetzung Fortzahlung des Gehaltes bis zu sechs Wochen. Be schwerdekommission der Kaufmännischen Angestellten. Entlastung eines Angestellten unter folgenden Voraussetzungen: Bei beabsichtigter Veränderung des Personals, wobei zunächst die zuletzt angestellten Personen zu entlassen sind, bei Erkrankung von mehr als dreimonatiger Dauer, bei sonstiger persönlicher Unbrauchbarkeit nach Entscheidung einer zu gleichen Teilen aus Verwaltungsmitgliedern und Kaufmännischen Angestellten, nebst einem unparteiischen Vorstandes gebildeten Kommission. Es ist Pflicht der Konsumvereine, den Arbeitsschaden des Verbandes zu benennen, und bei etwaigen Streitigkeiten den Vertreter des Verbandes als vollberechtigten Vertreter der Angestellten anzuvertrauen. Nach lebhafter Debatte wurde eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten angenommen.

Nach einer Schluzrede des Vorsitzenden wurden die Verhandlungen mit begeistert aufgenommenen Hochrufen auf die klassenbewusste Handlungsgesellenbewegung geschlossen.

Kongress der Steinarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 20. Mai.

Mittwochssitzung.

Die Debatte über die Geschäftsberichte wurde geschlossen. Im Schlusswort bemerkte Oswald-Berlin, dass das Darleben nach Pirna auf Anraten des verstorbenen Redakteurs Schmidt, der die Verhältnisse kannte, gegeben worden sei. Die Kontrollkommission sei nicht benachrichtigt worden. Der Streit in Hannover konnte nicht saniert werden, nachträglich sind aber pro Woche 10 Ml. für Vertheitete und 7 Ml. für Ledige bewilligt worden. Das Verlangen der Breslauer und deren Vorwürfe seien unbegründet. Die Arbeitslosenzählung ist nicht veröffentlicht worden, weil das gewonnene Material zu mangelhaft war. Die Streitgelder in Braunschweig seien gefürzt worden, weil die Mitglieder die Beiträge rückständig gelassen hatten. Der Geschäftsführer, dass in den Orten, wo Aussstände und Spesen bestehen, keine Weisunterstützung gezahlt werden dürfe, müsse hochgehalten werden. Ein Berghulden an dem Rückgang der Organisation im Böhmerwald trage die Geschäftsführung nicht. Hirzmann an Berlin: Die Schule des Sohnes sei über ihn ausgesessen worden, er habe aber nur im Interesse der Organisation gehandelt. Bei Anlegung der 5000 Ml. sei die Kontrollkommission nicht übergegangen worden. Bei der Unterstüzung der Witwe Schmidt habe man noch gespart, denn andere Organisationen fachten in solchen Fällen das Gehalt auf ein Vierteljahr weiter. Langen-Leipzig ist trotzdem der Meinung, dass die Kontrollkommission beiseite geschoben worden sei. Es wurden folgende Anträge angenommen:

Der Kongress möge beschließen, vier Wochen vor jedem stattzufindenden Kongress hat die Geschäftsführung in den Städten, wo Organisation vorhanden ist, die Zahlen der am Orte Beschäftigten anzugeben, damit einmal festgestellt werden kann, wie viel organisierte Steinarbeiter vorhanden sind, denn die Zahlen in Geld sind keine festen Grundlagen für uns, um bei wirtschaftlichen Kämpfen einen Überblick zu haben, mit wie viel organisierten Kollegen zu rechnen ist.

Die Kontrollkommission ist nächst dem Kongress die oberste Instanz der Organisation. Sie hat das Recht und die Pflicht, Kontrollen und Revisionen nach eigenem Erkenntnis in der Generalversammlung vorzunehmen. Die Kontrollkommission hat bei allen wichtigen Angelegenheiten mit zu beraten. Bei hypothekarischen Anlegungen von Geldern der Organisation ist vorher die Zustimmung der Kontrollkommission einzuholen. Der Geschäftsführung wurde Decharge erteilt.

Langen-Leipzig referierte über die Unterstützungsrichtungen. Er gab einen geschichtlichen Überblick und wies nach, dass neben dem Kampf um Erringung besserer Arbeitsbedingungen auch Fürsorge für Notfälle, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit immer mehr getroffen werden müssen. Die Frage, ob die Beiträge erhöht werden können, bejahte er. Der Erweiterung der Unterstützungsseinrichtungen könne und dürfe man sich deshalb nicht entziehen.

Über die Wiederherstellung der Organisation referierte Niegels-Pirna. Die Notwendigkeit der Organisationsförderung sei schon vor zwei Jahren betont worden. Die Centralleitung stehe nur auf dem Papier. Die Sohnkämpfe würden vom Gesichtspunkte der Sozialorganisation behandelt. Von einer vorherigen Organisation des Streiks sei keine Rede. Ohne Centralorganisation können wir gegen die Unternehmer nichts erreichen. Die Centralfasse leide auch an der Schwäche. Viele Streiks wären vermieden worden, wenn wir volle Kassen gehabt hätten. Es sei gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Organisation müsse aber so gestaltet werden, dass sie einen Schub für die Mitglieder bilde.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Am 1. Anschließend an den Pfingsten in Essen tagenden deutschen Bergarbeiterkongress findet in Düsseldorf in der Zeit vom 10.—28. Mai der internationale Bergarbeiterkongress statt. Bei der Forderung nach internationaler Regelung der Bergarbeiterverhältnisse scheint es angebracht, die eingestellten Errungenschaften Revue passieren zu lassen: Deutschland, England und Belgien kennen überaus kleine Maximarbeitstage für erwachsene Arbeiter, in Frankreich darf die Schicht nicht über 12 Stunden betragen, in Nordamerika besteht teilweise die gesetzliche Achtstundenschicht, sonst sind 10 Stunden erlaubt, in Österreich ist der Neunstundentag gesetzlich, doch arbeiten über die Hälfte der Knappen tatsächlich sehr Stunden. Für jugendliche Arbeiter ist in Deutschland erlaubt eine Behfstundenschicht bei drei Pausen, acht Stunden bei einer und sechs Stunden ohne Pause; England gestattet eine durchschnittliche tägliche Beschäftigung von zehn Stunden, Frankreich 10 Stunden (ab 1905 zehn Stunden), Belgien zwölf Stunden. In Deutschland werden Kinder unter 16 Jahren unterirdisch nicht beschäftigt, gesetzlich ist die Bergarbeit, wie überhaupt gewerbliche Beschäftigung gestattet mit 18 Jahren, in Nordamerika schwankt die zur Zulassung zur Bergarbeit geforderte vorzeitige Altersgrenze zwischen 12—15 Jahren, in Österreich ist die Altersgrenze allgemein 14 Jahre, in Frankreich, England und Belgien dürfen Kinder in einem Alter von 12 Jahren beschäftigt werden. Gänzlich verboten ist auf Bergwerken die Frauenarbeit in Nordamerika, die unterirdische Beschäftigung der Frauen ist verboten in Deutschland, Frankreich, Österreich und England, nur Belgien kennt noch die Frauenarbeit unter der Erde. — An der Berginspektion beteiligt durch eigene Vertreter sind die Knappen in England, Belgien, Frankreich und Nordamerika, in Deutschland und Österreich brachte man es sowohl noch nicht. Jeder gesetzlichen Regelung der Unterstützungsklassen — für Krankheit und Invalidität — ermangelte noch: England und Belgien. Letzteres Land besitzt auch noch kein Unfallversicherung.

Der Kongress, welcher im Gewerkschaftshaus tagt, wird unter dem Präsidenten des Generalsekretärs Picardt-London eröffnet. Für jeden Verhandlungstag wird ein neues Bureau, bestehend aus einem Tages- und zwei Nationalpräsidenten, gewählt, so dass wechselseitig sämliche Nationen im Bureau vertreten sind.

Während die Deutschen dem letzten internationalen Kongress fern blieben, werden sie den diesjährigen sehr stark besuchen, man glaubt dadurch eher zu praktischen Erfolgen zu kommen.

Gerichtssaal.

Weisgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 16. Mai.

Wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und Verbreitung einer unzüchtigen Schrift ist am 30. Januar vom Landgericht I in Berlin der Redakteur Martin Hildebrandt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafsachen sind nach der Feststellung des Gerichts begangen durch den Abdruck zweier Artikel: „Sind wir irreligiös?“ und „Erdbische und himmlische Liebe“ in Nr. 2 des vom Angeklagten begründeten Blattes: Der Heide. Wenn, so heißt es im Urteil, in dem ersten Artikel gesagt wird, das Christentum vergesse das ganze Leben, so sind damit auch die christlichen Lehren getroffen. Der zweite Artikel ist deshalb als unzüchtig angesehen worden, weil er die „gefunde außereheliche“ und die „krankhafte eheliche“ Fortpflanzung in Gegensatz zu einander bringt. — In der Revision des Angeklagten wurde ausgeführt: Die Geschichte des Christentums beweist, dass sich dieses oft im schärfsten Gegensatz zur christlichen Lehre befindet; sie sind daher nicht identisch. Der zweite Artikel ist nicht unzüchtig trotz der Feststellungen. Die Aufnahme des Artikels ist noch keine Verbreitung. Zu Unrecht ist ein Weisungsantrag des Angeklagten abgelehnt, der nachweisen wollte, dass er an der Verbreitung nicht mitgewirkt hat. — Der Weisgericht beantragte die Verwerfung der Revision. Eine Beschränkung der Verteidigung liege nicht vor, da das Gericht als wahr unterstellt habe, dass der Angeklagte an der Verbreitung der einzelnen Nummern des Blattes nicht beteiligt gewesen ist. Ein Angriff auf die Lehren einer Kirche sei ein Angriff auf die Kirche selbst. Die Auslegung des Begriffes Christentum sei Sache des Landgerichts. Eine Beschimpfung sei ohne Rechtsstritt festgestellt. Die Beschimpfung zeige sich in einer gewissen Rohheit entweder in der Form oder im Inhalt, insbesondere wenn der Inhalt besonders verlebend wirke. Was den zweiten Artikel betrifft, so sei er mit Recht als unzüchtig angesehen worden, weil der aufzuherrliche Geschlechtsverkehr und jeder Hinweis auf einen solchen schlechthin schamlos sei. — Das Reichsgericht erkannte unter Billigung dieser Ausführungen auf Verwerfung der Revision.

Landgericht.

Leipzig, 17. Mai.

Christentum und Ultramontanismus. Unter diesem Titel erschien im vorigen Jahre im Verlage von G. Strubig in Leipzig ein Polikarp Venner für verfaßte, ziemlich umfangreiche Broschüre, die bei ihrem Erscheinen unter den Katholiken und speziell den Geistlichen einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Auf erstaunliche Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurden über 400 Exemplare beschlagnahmt und weil dem Verfasser, der in St. Remo lebt, nicht beizukommen war, wurde gegen den Verleger der Schrift, Buchhändler Ullmann (Inhaber der Firma Strubig) ein Strafverfahren wegen Beschimpfung der Kirche eingeleitet, das aber wieder eingestellt werden musste, weil Ullmann nachwies, dass er den Verlag erst nach dem Erscheinen der Broschüre gekauft hatte und dass er den Inhalt derselben nicht gekannt habe. Nunmehr wurde von der Staatsanwaltschaft die Einziehung und Unbrauchbarmachung der Broschüre beantragt. Die 2. Strafkammer,

die sich damit in einem objektiven Verfahren beschäftigte, entsprach dem Staatsanwaltschaften Antrage nicht in vollem Umfange, sondern sprach nur die Unbrauchbarmachung einzelner Stellen über die Messe, die Beichte und das Cölibat aus.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Mai.

"Unserem" Hesse ist eine schwere Kränkung widerfahren. In der letzten Nummer seiner Altdutschen Blätter sieht er sich folgender Erklärung veranlaßt:

In eigener Sache. Vor einigen Wochen habe ich in Dortmund, Bremen und Solingen öffentliche Vorträge gehalten über Deutschland als Nationalstaat. Ich mußte mich dabei notwendigerweise auch mit den Fragen befassen, ob es dem Geiste eines "Nationalstaates" entspricht, wenn fremde Fürsten oder Fürstinnen auf deutschen Thronen sitzen und wenn das deutsche Reich nach außen durch Männer vertreten wird, die entweder selbst Freunde sind oder die jene Frauen geheiratet haben, wie dies in einem Territorialstaat, der das deutsche Reich leider in vielen Beziehungen noch ist, als exträgisch gehalten wird. Bei dieser rein theoretischen Forderung habe ich weder für die Vergangenheit noch viel weniger für die Gegenwart Namen genannt, obgleich es genügt haben würde, Belegstellen aus den Werken des alten Otto von Bismarck zu verlesen. Die Geschmacksseligkeit, meine Forderung mit namentlichen Beispielen aus der Gegenwart zu belegen, war der freisinnigen Presse vorbehalten, aus der dann diese Beispiele als meine angeblichen eigenen Aussprüche blossach in die Presse des Auslandes übergegangen sind. In Inlande kennt man ja die ritterliche Kampfweise meiner Gegner gegen mich und den Altdutschen Verband. Nur mit Mühe ist auf die mangelhaft unterrichtete Presse des Auslandes sehr sich zu der obigen Feststellung genötigt.

Dr. Ernst Hesse.

Doch es die freisinnige Presse mir darauf abgeschenkt hatte, "unseren" Hesse zu kränken, als sie die theoretischen Ausführungen durch praktische Beispiele erläuterte, liegt auf der Hand. Es hätte ja vollkommen genügt, wenn zur Erklärung der Hessischen Theorien angeführt worden wäre, daß bei dem sogenannten Internationalstaat der deutschen Fürstenhäuser kaum einziges vor dem altdutschen Krieg Stich halten würde. Nur da noch Namen nennen. Das ist nicht nur ganz überflüssig, sondern es muß namentlich auch einem guten Patrioten schamhaft werden.

Versammlungen sind in Sachsen an den ersten Feiertagen verboten. Diese Bestimmung war den Veranstaltern des 18. Verbundsbildes Röderischer Stenographen, der am 1. Pfingstfeiertag in Leipzig abgehalten werden sollte, unbekannt geblieben. Die Teilnehmer mußten deshalb, um an diesem Tage verhandeln zu können, das Gebiet der grün-welten Farben verlassen und sich nach Schleußig begeben. Hier fand der Verbandsitag, der von 40 Delegierten besucht war, die 1000 Verbundsmitglieder vertraten, ungestört statt. Am Spätnachmittage lehrten die Delegierten nach Leipzig zurück.

Der Bericht zur Unterstützung hilfsbedürftiger verletzter Wöchnerinnen hat im Jahre 1901 in 402 Fällen Unterstützung gewährt. Während des 75jährigen Bestehens des Vereins sind 21395 Unterstützungsfälle vorgekommen. Die Einnahme betrug 10927,85 M., die Ausgabe 8059,49 M., somit verblieb ein Kassenbestand von 2868,36 M. Der Aufwand zur Unterstützung der Wöchnerinnen stellte sich auf 973,40 M.

Zum Kreisverfahren. Da die französische Regierung, wie wir bereits mitgeteilt haben, die Klärdehnung der Anklage gegen den früheren Generaldirektor Schmidt abgelehnt hat, so sind vom Untersuchungsrichter am Landgericht in Kassel hente neue Unterhandlungen mit der französischen Regierung eingeleitet worden, die eine weitere Anklage gegen Schmidt auf Grund des Handelsgesetzes nachsuchen.

Der Pfingstverkehr auf den sächsischen Staatsbahnen hat die frühere Höhe nicht erreicht. Genaue Zahlen über die beförderten Personen und über die Höhe der Einnahmen lassen sich jetzt noch nicht angeben. Bereits das Jahr 1901 brachte einen Rückgang gegen 1900, letzteres hatte eine Gesamtnahme aus dem Personenverkehr von 1541 859 M., das folgende Jahr 1422 271 M. oder 119 588 M. weniger, die Zahl der zurückgelegten Fahrten ging von 1949 062 auf 1842 234 oder um 106 828 Stück zurück. Die ungünstige Witterung mag zwar nicht ohne Einfluß auf den Rückgang des Pfingstverkehrs gewesen sein, die eigentliche Ursache liegt aber in den sonderbaren Maßnahmen der Staatsbahnenverwaltung, die, wie bereits früher bemeldet worden ist, Extrazüge zu ermäßigten Fahrtypen nicht anlegen wollte, um den zu Pfingsten an sich schon außerordentlichen Verkehr nicht noch zusätzlich durch billige Extrazüge zu vergrößern. Da diese eigenartige Verkehrspolitik der sächsischen Staatsbahnenverwaltung bereits im Vorjahr angewandt worden ist, so ist auch der in dieser Zeit eingetretene Verkehrsrückgang erklärbare.

Die Heizung der Personenzüge auf den sächsischen Staatsbahnen ist wegen der jetzigen Kälte nicht am 15. d. M. eingestellt worden, sondern sie wird bis auf weiteres noch fortgeführt.

Im Zeichen des Verkehrs. Ihre Erfahrungen gelegentlich einer Eisenbahnfahrt von Hörst nach Leipzig schildern mehrere Reisende in der Märkischen Volksstimme folgendermaßen:

Am Sonnabend abend fuhren wir mit dem Schnellzug nach Hörst, um rechtzeitig in Leipzig zu sein. Doch welche Einbildung! In Eisenburg erfolgte das bei allen Reisenden so beliebte Umsteigen, dem dann als Pfingstzugabe ein Warten von einer Stunde und vier Minuten folgte. Die Reisenden machten darob höchstverständlich vor lauter Vergnügen lachend. Der Diensthaben begann zu beruhigen — er habe kein Fahrpersonal, um den Zug nach Leipzig abheben zu lassen. Hierauf wurde der Zugführer bestellt, der aber sagt: "Sehen Sie doch dort die alte Lüterne, bevor die nicht entfernt ist, kann ich nicht fahren." So mußten denn 200 bis 300 Reisende warten bis von Torgau ein Zug mit 10 Wagen ankam und nur das Zugpersonal von Torgau nach Eisenburg zum Leipziger Zug brachte. Der Zug fuhr aus diesem Grunde eine Stunde später als fahrvoraussichtlich der Seestadt Leipzig zu und das alles, weil kein Zugpersonal in Eisenburg zur Verfügung war. So unglaublich das klang, so ist es doch passiert, und zwar am Pfingstheiligabend im Jahre des Heils 1902. Die Reisenden stehen selbstverständlich bei der Verantwortung an die Direktion Halle abgehen.

Diese Schilderung läßt die Zustände auf den preußischen Staatsbahnen in einem eigenartigen Lichte erscheinen. Well hier Zugpersonal zur Stelle ist, müssen die Reisenden über eine Stunde auf dem Bahnhof warten. So wird von der Staatsbahnenverwaltung auf Kosten des Verkehrs gespart.

Bahngesetzstellungen sind im vergangenen Monat in

Leipzig 12 erlassen worden, das sind 4 mehr als im Vormonat und 4 weniger als im gleichen Berichtsmonat des Vorjahres. Alt-Leipzig ist dabei in 8 Fällen beteiligt, die angeschlossenen Vororte B.-Völkersdorf und B.-Kleinzschocher in je 1, Neustadt in 2 Fällen. Beteiligt sind an diesen Konkursen die Inhaber von 7 kaufmännischen Geschäften und Handlungen 2 Handwerker, 1 Kaufunternehmer, 1 Kunstscherbereiter, 1 Bivalwerken. Beendet wurden in dem gleichen Berichtsmonat 18 Verfahren, nämlich 10 durch Abhaltung des Schlütertermins und 8 durch Zwangsvergleich.

Auf der elektrischen Außenbahn Leipzig-Ostsch.-Gaußsch. wurden während der beiden Pfingstferientage rund 21000 Personen befördert, angesichts des mäßlichen Wetters eine recht beachtliche Frequenz.

Von der Straßenbahn. Die Fortführung der Linie Görlitz-

Böhmisches Bahnhof der Großen Leipziger Straßenbahn durch die Böhmisches- und Kronprinzenstraße ist vom Rat der Stadt

zunächst für diesen Sommer und unter der Bedingung genehmigt worden, daß die Wagen bis zur Endstation in Leipzig-Connewitz durchgeführt werden.

Unverschuldet unterlassene Prämienzahlung zieht nicht Entschuldigung der Polizei nach sich! Diesen wichtigen Grundfaß hat jetzt das Reichsgericht in einer Entscheidung über diese Frage aufgestellt. Das Reichsgericht führt aus: "Die Bestimmung einer Lebensversicherungs-Police, daß die nicht pünktliche Zahlung der Prämien den Verlust aller Ansprüche an die belegte Versicherungsgesellschaft zur Folge habe, kann ohne Rechtsstütze dahin ausgelegt werden, daß die Entwicklung nicht eintreten sollte, wenn die Nichtzahlung innerhalb der vertragsmäßigen Frist eine unverschuldet war." Danach werden sich also die Versicherungsgesellschaften vorkommenden Fällen zu richten haben.

Zu dem Einbruchsdiebstahl in der Nordstraße, über den wir gestern berichtet haben, ist noch zu bemerken, daß sich unter den Diebstahlobjekten auch eine Filiale der Leipziger Kreditbank, Nr. 3039, über 1000 Mark, sowie zwei Lebensversicherungspolizeten über je 5000 Mark, lautend auf die Namen Otto L. und Franz M., befinden. Die Diebe waren mittels Nachschlüssels in jene Wohnung eingedrungen.

Der Leichnam einer unbekannten Frauensperson wurde gestern nachmittag in Döbeln im Pleißenflusse aufgefunden. Die Tote ist etwa 1,65 Meter groß, ungefähr 20 Jahre alt und hat blondes Haar. Sie trug eine blaue und weißgestreifte Bluse, blaue Oberrock, rotwollenen Unterröd, weißen Strohhut mit schwarzem Aufzuh, schwarze Strümpfe und schwarze Schnallen-schuhe, sowie helle Lederschuhhaube und einen blauen Schleier. Der Leichnam ist an die Anatome abgeliefert worden.

Auf Wahrener Flur ist gestern nachmittag der Leichnam eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aus dem Elsterflusse gezogen worden. Die kleine Leiche war mit alten Lappen umwickelt und mit Bindfaden umschaut.

Gewartet wird vor einem Badendame, der sich in letzter Zeit mehrfach bemerkbar gemacht hat. Der freche Mensch ist zuletzt gestern nachmittag in einem Produktengeschäft der Wiedner Straße aufgetreten, wo er in einem günstigen Augenblick die Ladenkasse beföhlt hat. Der Spitzbube ist etwa 22 Jahre alt, von mittlerer, unterschärfer Gestalt, hat volles, rundes Gesicht und dunkles Haar.

Hier ermittelte und festgenommen wurde ein von der Staatsanwaltschaft Lyck wegen Konkursvergehens verfolgter, 30 Jahre alter Brauer aus Breitungen. Der Festgenommene wurde an die verfolgende Behörde abgeliefert.

In Haft genommen wurde gestern in der Markthalle ein schon wiederholt bestrafter 51 Jahre alter Zimmermann aus Neupau bei Colditz. Der bestreitende wurde dabei abgefaßt, als er eine größere Menge Fischwaren stahl.

Schwerer Diebstahl ist in der Nacht zum 2. Feiertag bei einem Bierbierstübchen in der Alexanderstraße verübt worden. Dem Diebe ist ein Geldbetrag von 62 M. in die Hände gefallen. Wegen des dringenden Verbauchs der Thäterhaft wurde ein 18jähriger Bierbiergehilfe aus Düben, der bei dem Verstoßenen in Arbeit gestanden hat, in Kassel festgenommen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Rollgeschirr und einem Motorwagen wurde gestern nachmittag in der Breiten Straße in B.-Anger-Trotendorf dadurch herbeigeführt, daß das Pferd des Rollgeschirrs plötzlich schaute wurde. Der Motorwagen wurde beschädigt. Menschen sind nicht verletzt worden.

Kleine Polizeinachrichten. In der Sternwartenstraße wurde gestern abend eine 29 Jahre alte Auswärterin von einem Nachbarn umgerissen, wobei sie eine erhebliche Kopfverletzung davontrug. Der Name des Radfahrers ist festgestellt worden.

Auf der Lindenstraße schaute gestern das Pferd eines Glasbierbiergeschirrs vor einem Eisenbahnzuge. Das Tier ging durch und riß eine Straßenlaterne um, konnte aber dann sofort wieder aufgehalten werden.

Ein geringfügiger Brand, den die Feuerwehr schnell beseitigte, war gestern vormittag infolge der Entzündung von Packmaterial in einem Grundstück der Hainstraße entstanden.

Ein Einbrecher wurde am 2. Feiertage abends in der siebenten Stunde dabei überrascht, als er in die Niederlage eines Delikatesseengeschäfts des Windmühlenstraße eingedrungen war. Beide entkam der Spitzbube durch die Flucht. Beschrieben wird er: etwa 30 Jahre alt, von übermittlerer Gestalt mit blondem Schnurrbart.

Gestohlen wurde in einem hiesigen Café ein schmaler goldener Brillantring im Werte von 120 M., und aus einem Comptoir am Georgiring ein Hundertmarksschein.

Vergangene Nacht wollte ein 22jähriger Musiker aus Helfta einen Droschkenflicker um das Fahrgeld prellen, indem er noch während der Fahrt plötzlich aus dem Wagen sprang und das Weite suchte. Der Kutscher traf aber den Betrüger bald darauf wieder und veranlaßte seine Arrestur.

Gemeinde-Zeitung.

Schönesfeld. (Gemeinderatssitzung vom 9. April.) Bei Vergebung von Wasserwerksarbeiten werden die Rohrleitungen und -legungen Louis Michel's Nachfolger in Leipzig, die Lieferung von Hydranten der Firma Hilbert in Nürnberg übertragen; außerdem werden kleinere Lieferungen genehmigt.

(Gemeinderatssitzung vom 15. Mai.) Nach Eintritt in die Tagesordnung erinnert der Vorsthende Schwabe an die 25jährige Tätigkeit des Gemeinderatsmitglieds Storch, der am 15. Mai 1877 in den Gemeinderat einztrat. Herr Storch hat in den verschiedenen Ausschüssen mitgewirkt, er ist Protokollant des Gemeinderats. Dem Jubilar wurde eine goldene Uhr überreicht. Die Vertreter der Unanständigen waren gegen diese Schenkung, weil die Kosten aus dem Gemeindesatz defekt wurden. — Als Kassengehilfe wird Herr Händel einstimmig gewählt. — Bezüglich der Wasserwerksanleihe wird der Vorstand, der hierüber berichtet, mit der weiteren Regelung beauftragt.

Vereine und Versammlungen.

Die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen bildeten am 18. Mai im Restaurant zwei Linden in L.-Lindenau eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Kloß über Arbeit und Bildung sprach. Der Redner legte dar, wie das Volk in den früheren Zeiten nicht so viel Wert auf Bildung gelegt habe. Auch heute noch werde für die höheren Schulen mehr aufgewandt als für die Volksschulen. In der Diskussion sprach man sich im Sinne des Referenten aus. Im Schlusswort erklärte Genosse Kloß, daß die Arbeiter dahin streben müßten, sich den Fortschritten der Kultur durch eine starke Organisation anzupassen. Die Arbeiterklasse müsse durch Agitation und Ausklärung immer mehr wirtschaftliche Macht zu erlangen suchen. Unter Gewerkschaftlichem wurde noch zur Sprache gebracht, daß die Firma Kraatz u. Pozzi, L.-Plagwitz, ein Verbandsbuch eines unserer Mitglieder zurückbehalten habe. Es wurde beschlossen, die Firma um Zurücksendung dieses Buches aufzufordern. Zum Schlus wurde noch bekannt gegeben, daß am 8. Juni ein Ausflug nach Sowjetland stattfinden soll.

Mitgliederversammlung der Gastwirtschaften.

Die Versammlung war nur schwach besucht. Zur Aufnahme in den Verband haben sich die Kollegen Nitschke, Schneider, Hoffmann, Starke, Thalemann, Donath und Anderthal gemeldet, diese werden auch einstimmig aufgenommen. Bei dem Punkt: Agitation entfaltete sich eine lebhafte Debatte. Schließlich wurden vier Mann beauftragt, die Agitation zu fördern. Unter Gewerkschaftlichem kamen verschiedene Sachen zur Sprache, die teils durch den Vorsitzenden, teils durch den Schriftführer geregelt werden sollen. Nachdem noch ein Flugblatt zur Affäre Wegener zur genauen Prüfung verfasst worden war, wurde die endgültige Beschlusssitzung hierüber bis zur nächsten Versammlung verlagert.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Aus der Krise eines industriellen Eisenbetriebs. Die Dortmunder Union, Hochöfen, Stahl- und Walzwerk, sucht nach den Vorschlägen des Vorstandes einen Heilungsprozeß einzuleiten. Zwecks Beführung von falschem Kapital durch eine neue Klasse von Vorzugsaktien in der Höhe von 10,8 Millionen Mark und zur Erhöhung größerer Abschreibungen ist das vorhandene Aktienkapital von 42 Mill. auf 25 Millionen zu verringern. Vom Vorstand, das Kohlenwerk Mengede zu verkaufen, soll abgesehen werden: "Die Dortmunder Union, eine der leistungsfähigsten Anlagen Deutschlands, könne eigene Kohlengruben und die Unabhängigkeit vom Kohlenmarkt nicht entbehren." Dagegen soll die Eisenhütte Henrichshütte abgetrennt werden, "da die Stahlherzeugung, welche neuwinnbringend nur im Großen betrieben werden kann, an einer Stelle vereinigt werden muß." Das Unwesentlichste der Verbindung mit der Henrichshütte wird auch in folgender interessanter Lage des Vorstandes begründet: "Demnächst wurde die freie Aktion der Werke, besonders auf kaufmännischem Gebiet, durch die in der Eisenindustrie immer mehr um sich greifende Entwicklung der Syndikate und Konventionen behindert. Die für das eine Werk nötige Zugehörigkeit zu solchen Vereinigungen hinderte das andere Werk, diejenigen Vorteile auszunutzen, welche den mit ihm im Wettbewerb stehenden freien Werken ohne Mühe zu zuführen, und der sich hieraus ergebende Widerstreit der Interessen konnte oft nur mit Opfern für das gesamte Unternehmen ausgeglichen werden." Im Jahre 1900/01 wies die Dortmunder Union noch einen Betriebsgewinn von 41,5 Millionen Mark auf. Der für das Jahr 1901/02 drohende Betriebsverlust veranlaßt zu obiger Reorganisation. Daß diese notwendig wurde, wird zu großen Teilen mit verschwiebenen Positionen (Anhäufung von teurem Rohstoff etc.) in der Konjunkturwende erklärt.

Sozialpolitisches.

Eldorado für Unternehmer. In der Flachsppinnerei Satzsch (Oberfranken) wird bei einer effektiv 11 stündigen Arbeitszeit an männliche verheiratete Arbeiter ein Taglohn von 1,50 M., für ledige ein solcher von 1,40 M. bezahlt. Die Arbeiterinnen werden mit einem Taglohn von 1,45 M. entlohnt; besonders Anstrengte, die benötigt sind, zwei Spinnstühle zu verarbeiten, also die Arbeit von zwei Personen verrichten, bekommen täglich 5 Pg. mehr, also 1,50 M. pro Tag. Die Spinnmeister im Spinnsaal werden mit einem Taglohn von 1,80 bis 1,90 M. abgepeist, dagegen erhält ein Meister den fürstlichen Monatsgehalt von 60 M.

H. Arbeitersekretariat. Der Stadtrat von Kaiserblauenthal hat die Errichtung eines Arbeitersekretariats auf städtische Kosten mit unentgeltlicher Auskunftsstelle ab 1. Januar 1902 beschlossen. Die Kosten sind auf 8000 M. im Jahr veranschlagt.

Gewerkschaftskosten.

Vom Alter Strel. Eine schöne Pfingstfreude ist den ausgesperrten Bauarbeitern zu teil geworden. Am Freitag konnten mehrere Tausend Mark, die vom hiesigen Gewerkschaftssekretär gesammelt worden waren, als Extra-Unterstützung an die Gemahnen ausgeteilt werden.

Gewerkschaftskosten. Wie schon früher hat das Gewerkschaftskartell in Nürnberg auch für das laufende Jahr wiederum mit einer Firma W. Stöckl die Lieferung von Brennmaterialien für die Gewerkschaftsmitglieder abgeschlossen.

Kohlenarbeiterstreik in Amerika. Es hat den Anschein, daß auch die Weichkohlenbergleute sich am Streik beteiligen. Leidende Insassen schaute schon in den letzten Tagen vereinzelt Ausstände. Eine Versammlung von Grubenarbeitern am 16. Mai hat beschlossen, an die Vorstandsschaft des Nationalverbandes der Kohlenarbeiter das Eruchen zu richten, einen Nationalstags der gesamten Grubenarbeiter der Vereinigten Staaten einzuberufen, um die Lage im Anthracitgebiet zu prüfen. Falls der Wunsch der Grubenarbeiter verwirklicht wird, würde zur Arbeits-einstellung in allen Kohlengruben der Vereinigten Staaten geschritten werden.

Von Nah und Fern.

Eritreum.

Nach einer Meldung aus Aden ist der Bremer Dampfer "Chrysanth" von Colombo nach Hamburg am 9. Mai auf 12° nördliche Breite und 56° östliche Länge untergegangen. Ein Teil der Besatzung ist in Aden gelandet. Der Kapitän und 40 Personen der Mannschaft werden vermisst; sie hatten das Schiff in Booten verlassen.

Jugendreise.

Amtlich wird aus Dortmund gemeldet: Am zweiten Pfingstfeiertag abends 6½ Uhr entgleiste auf der Strecke Essen-H.-Stiege-Nord der von ersterer Station

6 Uhr entstand sich ein starker Aschenregen mit ungewöhnlicher Schnelligkeit über Fort de France. Der Aschenregen war von dumpfem Grullen begleitet. Während dieser neuen Thätigkeit des Vulkanus entstand eine große Panik. Die Bevölkerung flüchtete nach allen Richtungen. Etwa 20000 Menschen eilten hinweg. Viele waren sich auf die Schiffe und beteten, andere retteten sich auf die Schiffe.

Letzte Nachrichten.

Paris. 20. Mai. Es wird bestätigt, daß Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, da er seine Amtsgabe als erfüllt ansieht, sich entschlossen habe, vor dem 1. Juni seine Demission zu überreichen und dem Präsidenten Douhet die Sorge zu überlassen, ein Kabinett zu Beginn der Session der neuen Kammer zu bilden. Waldeck-Rousseau hat seine Kollegen und den Präsidenten Douhet hierzu vor der Abreise des letzteren in Kenntnis gesetzt. Das jetzige Kabinett würde, wie es heißt, bis zur Bildung des neuen im Amt bleiben.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Spielplan: Mittwoch: Hänsel und Gretel. Hierauf: Wiener Walzer. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Niengl. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Egmont. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Martha. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Spielplan: Mittwoch: Ali-Heidelberg. Anfang 1/2 Uhr. — Donnerstag: Es lebe das Leben. Anfang 1/2 Uhr. — Freitag: Wiener Blut. Anfang 1/2 Uhr. — Sonnabend: Wiener Blut. Anfang 1/2 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:

Speiseanstalt I (Johanniskloster): Gelbe Erbsen mit Bötelsteif. **Speiseanstalt II (Molinthalgasse):** Kartoffelfüschchen mit Schöpfensteif.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 20. Mai 1902.
(Mitgeteilt von Gebr. Gläss.)

Weizen per 1000 kg netto still	inländischer	170—176 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto still	ausländischer	176—181 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	inländischer	146—150 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto still	ausländischer	149—154 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	145—160 bez. Brf.
Oelsaat per 1000 kg netto	runder	162—169 bez. Brf.
Rapskuchen p. 100 kg netto	Cinquantin	121—126 bez. Brf.
Rüböl rohes p. 100 kg netto	Raps	130—138 bez. Brf.
frei Haus hier ohne Fass feit	flüssiges	55,00 nominell.
Malz per 100 kg netto	gefrorenes	—
Wicken per 1000 kg netto	Ausseramtlich:	—
Erbosen per 1000 kg netto	loco	26—28
Bohnen per 100 kg netto	loco	100—200
Kleessaat per 100 kg netto	loco grosse	220—230
Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:	" kleine	100—200
Weizenmehl Nr. 024.00	Futter	170—190
per 100 kg " 01.25—22.50	loco	18—20
per 100 kg " 19.00—19.50	rot nach Qualität	60—100
exkl. Sack " II 17.—17.50.	weiss nach Qualität	60—200
Weizenschalen 9.50—10.00 M.	gelb nach Qualität	40—46
	schwed. n. Qualität	120—180
		höher

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

141. Sachsische Landeslotterie.

Stichung vom 21. Mai.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 252 Mark gezozen.

(Ohne Gewinn.)

(Nachdruck verboten.)

5 000 auf Nr. 17652 bei Herrn U. von Behmen in Dresden.
5 000 auf Nr. 96401 bei Herrn Aug. Silge in Leipzig.
205 956 786 (1000) 155 880 674 948 170 239 112 620 884
50 334 83 840 804 802 81 1608 279 116 778 180 201 989 847
601 531 802 371 119 582 558 810 2076 747 340 120 475 316
141 290 792 700 862 (1000) 307 490 24 487 108 969 832 128
943 938 602 47 672 3000 914 561 453 908 971 (500) 501 683
249 862 292 (500) 646 847 527 591 748 96 633 291 791 714

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50

exkl. Sack " II 17.—17.50.

Roggemehl Mk. 10.50—11.00 per 100 kg. exkl. Sack

Roggemehl Nr. 0 20.50

per 100 kg " 01.25—22.50

per 100 kg " 19.00—19.50